



GEMEINSAM GEHT'S.

WAHLPROGRAMM 2026–2031
FÜR DEN LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DARMSTADT-DIEBURG



GEMEINSAM GEHT'S

WAHLPROGRAMM 2026–2031
FÜR DEN LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DARMSTADT-DIEBURG

INHALT

KLIMA-, NATUR- UND UMWELTSCHUTZ	9
Landwirtschaft und Naturschutz	10
Tierschutz	11
Biologische Vielfalt und Artenschutz in Darmstadt-Dieburg	11
Naturräume – Freiräume erhalten	13
Lichtverschmutzung eindämmen	13
Wasser	13
 KLIMA UND ENERGIE	14
Nachhaltiges Gebäudemanagement	15
Energieeinsparung durch energetische Sanierung & Energiemanagement	16
Holzmodulbauweise	16
Biologische Vielfalt und Artenschutz im Gebäudemanagement	16
Abfallwirtschaft	17
Nachhaltiges Wirtschaften und Sozialpolitisches Engagement im Bereich Elektroschrott	18
Landschaft schützen – Abfall ist Wertstoff	18
Müllverbrennung muss im Sinne der Kreislaufwirtschaft emissionsarm erfolgen	18
 MOBILITÄT	19
Mehr Mobilität für alle – weniger Belastungen für Mensch, Umwelt und Klima	19
Durchgängige Lösungen über Verkehrsarten und Kreisgrenzen hinweg	19
Das Erfolgsmodell DADINA	20
Die Schiene als Rückgrat des Fern- und Nahverkehrs stärken	20
Die Straßenbahn zwischen der Stadt Darmstadt und umliegenden Kreiskommunen weiter ausbauen	21
Mit dem Bus die Fläche erschließen	22
Überörtliche Fahrradverbindungen und Bike & Ride-Anlagen ausbauen	22
Mobilität für alle – Barrierefreiheit weiter verbessern	23
Mit OnDemand alles rund um die Uhr erreichen	23
Straßennetz sanieren, Carsharing und Park & Ride weiter ausbauen	24
Der Flugverkehr belastet die Menschen und die Umwelt im Kreis	24

GUTE BILDUNG FÜR ALLE	25
Bildung im Vorschulbereich – Kindertagespflege	26
Kindertagesstätten	26
Gute Schulen – rhythmisierte Ganztagschulen	26
Digitalisierung an Schulen	27
Spezialisierung an Schulen – Schwerpunkt MINT	28
Stärkung des Berufsschulstandortes Dieburg	28
Schulsozialarbeit in allen Schulstufen	28
Grundsätze GRÜNER Bildungspolitik	29
Kreisvolkshochschule	29
Vereinsförderung für den sozialen Zusammenhalt	29
Gegen Extremismus, Gewalt, Rassismus – für Demokratie, Toleranz & Weltoffenheit	30
DENKMALSCHUTZ UND BEWAHRUNG DES HISTORISCHEN ERBES	31
SOZIALES: TEILHABE, BETEILIGUNG UND PRÄVENTION	32
Lokale Sozialpolitik gemeinsam gestalten	33
Altersspezifische Angebote und Hilfen: Kinder- und Familienarmut wirksam bekämpfen	34
Armutsbekämpfung & Prävention: Schuldnerberatung, Gemeinwesen- und Integrationsarbeit stärken	35
Soziale Wohnungspolitik: Bezahlbaren Wohnraum sichern & Wohnungsnot vorbeugen	35
Für einen Sozialen Arbeitsmarkt, mehr Beteiligung & Vernetzung	36
Jugend stärken – Beteiligung ermöglichen – Schutz gewährleisten	37
AUF DEM WEG ZUM INKLUSIVEN LANDKREIS	39
Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe	40
Inklusion beinhaltet die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft	40
Menschen mit Beeinträchtigungen gehören mitten in die Gesellschaft	41
FRAUENPOLITIK & GLEICHSTELLUNG: ROLLE VORWÄRTS, STATT ROLLE RÜCKWÄRTS	42
Frauenförderung und Gender Mainstreaming – sich ergänzende Wege	42
Die Frauenkommission des Landkreises	43
Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf	43
Finanzielle Sicherheit	43
Gewaltschutz	44
LSBTIQ+ in einem vielfältigen und weltoffenen Landkreis	44

FLUCHT, MIGRATION, INTEGRATION UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT	46
DEMOGRAFISCHER WANDEL	48
Gemeindepflege	49
GESUNDHEIT, MEDIZINISCHE VERSORGUNG UND PRÄVENTION	50
Qualitätssicherung und Personalgewinnung durch Personalmanagement	51
Vernetzung und Kooperationen	51
Digitalisierung und Telemedizinische Versorgung	52
Strukturwandel der Krankenhauslandschaft	52
DIGITALISIERUNG FÜR UND MIT DEN MENSCHEN GESTALTEN	53
WIRTSCHAFT UND FINANZEN	55
Unser Verständnis von Wirtschaft und Wohlstand	55
Kommunale Finanzlage: Verantwortung klar benennen	55
Wirtschaftspolitik aktiv gestalten	55
Nachhaltige Finanzpolitik und transparente Steuerung	56
REGIONALE ZUSAMMENARBEIT/REGIONALENTWICKLUNG	57
Klimaziele und Anpassung an den Klimawandel im Regionalplan konsequent verfolgen	58
Energieeffizienz bei Flächen für Rechenzentren beachten	59
Flächen für Logistikzentren sichern und begrenzen	59
Ausweisung von Flächen für regenerative Energien	59
Interkommunale Zusammenarbeit	59
Radwegeverbindung verbessern	60
SICHERHEIT	60
Feuerwehr	60
Katastrophenschutz	60
Zivilschutz	61

Gemeinsam geht's Zukunft gestalten im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Liebe Mitbürger*innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg,

bei der Kreistagswahl am 15. März 2026 bitten wir Sie um Ihre Stimme für einen klimafreundlichen, sozial-gerechten und nachhaltig wirtschaftenden Landkreis Darmstadt-Dieburg. Mit diesem Kreistagswahlprogramm legen wir Ihnen unser umfassendes politisches Angebot für die kommenden Jahre vor. Es zeigt, wofür wir GRÜNEN stehen, welche Ziele wir verfolgen und wie wir unseren Landkreis gemeinsam mit Ihnen weiterentwickeln wollen.

Dieses Wahlprogramm ist in einem intensiven gemeinsamen Prozess entstanden – getragen von vielen Engagierten aus Partei, Kreistagsfraktion und Zivilgesellschaft. Es bündelt Erfahrungen aus der kommunalpolitischen Praxis ebenso wie neue Ideen und Perspektiven. Für uns ist es dabei selbstverständlich, Politik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu machen, sondern im Dialog auf Augenhöhe. Denn gute Kreispolitik entsteht dort, wo zugehört wird und unterschiedliche Sichtweisen ernst genommen werden.

Wir GRÜNEN im Landkreis setzen uns konsequent ein für:

- Vielfalt, Zusammenhalt und Toleranz in unserem Landkreis, damit er für uns alle auch in der Zukunft lebens- und liebenswert bleibt.
- Einen inklusiven Landkreis, in dem Menschen jeden Alters, Geschlecht und Herkunft, Religion, Kultur und Bildungsstand, Chancengleichheit und Teilhabe erfahren.
- Eine Schullandschaft als moderne Lern- und Lebenswelt, in der Lernen Spaß macht und gute Bildung ermöglicht wird.
- Mobilitätskonzepte, die den Umstieg vom Auto auf klimaschonende und innovative Alternativen erleichtern.
- Die Umsetzung von Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken und ressourcenschonende zukunftsorientierte Projekte zur Wertschöpfung in der Region initiieren.
- Den Schutz von Naturräumen, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Stärkung einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft zur regionalen Lebensmittelherzeugung.

Dieses Kreistagswahlprogramm ist unser politischer Kompass für die Wahlperiode 2026–2031. Es verbindet ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft und zeigt, wie wir den Landkreis Darmstadt-Dieburg zukunftsorientiert aufstellen wollen.

Damit wir diese Ziele umsetzen können, brauchen wir ein starkes Mandat im nächsten Kreistag. Am 15. März 2026 bitten wir Sie deshalb um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für eine Politik, die Verantwortung übernimmt und Zukunft gestaltet – gemeinsam mit Ihnen.

Ihr Kreisverband
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Darmstadt-Dieburg

KLIMA-, NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Der Schutz der Naturräume, der Artenvielfalt und des Landschaftsbildes sind vorrangige politische Ziele der GRÜNEN. Der Schutz und die Pflege von Biotopen und eine flächenschonende Baupolitik sind uns besonders wichtig. Der Klimawandel muss verlangsamt werden. Wir wollen konsequent daran arbeiten, den Landkreis Darmstadt-Dieburg bis 2045 klimaneutral aufzustellen, denn die Auswirkungen sind für Mensch und Natur bereits deutlich spürbar, teilweise irreversibel. Die regionale, umweltschonende Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten soll ausgebaut werden. Grundwasser- und Gewässerschutz sind für uns weitere wichtige Themen. Dafür müssen wir die Schadstoffeinträge, wie z.B. Nitrat, Mikroplastik und Ewigkeitschemikalien reduzieren, übermäßige Wasserentnahmen verhindern und den Gewässern natürlichen Raum lassen.

Unsere Ziele:

- CO₂-Ausstoß verringern und CO₂-Bindung verbessern. Artenreiche Wälder und Pflanzengesellschaften sind CO₂-Speicher, deren Erhaltung zu fördern ist.
- Ökologische Landwirtschaft im Kreis ausbauen
- Mehr regionale und ökologisch erzeugte Produkte in kreiseigenen Betrieben fördern
- Artenvielfalt verbessern durch Weiterentwicklung, Pflege und Vernetzung von Biotopen, durch mehr Brachflächen.
- Invasive Arten bedrohen immer stärker die Artenvielfalt, Biotope, Nutzpflanzen und unsere Infrastruktur. Wir fordern eine koordinierte Bekämpfung und Eindämmung
- Entsiegelung und ökologische Aufwertung von Flächen sowie Fassadenbegrünung
- Flächenverbrauch eindämmen, d.h. bei Bautätigkeit die Nutzung von Flächen im Innenbereich fördern, Versiegelungen im Außenbereich verhindern
- Schadstoffeinträge in Gewässern eindämmen, wenn möglich verhindern
- Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Retensionsräume sind aktiver Hochwasserschutz bei Starkregen
- Grundwasserschutz
- Lokal dem Klimawandel entgegenwirken, z.B. Pflanzung von geeigneten heimischen Arten in Siedlung, im Wald und im Feld. Schaffung von Grüninseln horizontal und vertikal
- Erhalt des Umweltpreises, um herausragende bürgerschaftliche Initiativen anzuerkennen und als Vorbild herauszustellen
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen für die Bevölkerung zum Naturschutz fördern

Landwirtschaft und Naturschutz

In der Landwirtschaft stehen wir einer Entwicklung gegenüber, die zu immer größeren Natur und Landschaft ausbeutenden Agrarfabriken führt. Gründe dafür sind auf der einen Seite eine falsche EU-Politik und die harte Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt – die meist mit Billiglöhnen und niedrigen sozialen und ökologischen Standards einhergeht. Kleine Höfe mit bäuerlichen Strukturen sind dabei auf der Strecke geblieben. Auf der anderen Seite gibt es zunehmend mehr Verbraucher*innen, die sich bewusst und gesund ernähren wollen und dadurch eine immer größere Nachfrage nach gesunden, ökologisch produzierten Lebensmitteln auslösen.

Es gibt verschiedene Initiativen von Gruppen und Einzelpersonen, neue und ökologische Wege bei Anbaumethoden, Vermarktings- und Arbeitsformen zu gehen. Die Erfolge und Ergebnisse der Ökomodellregion wollen wir verstetigen und neue Projekte unterstützen.

Die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und die Beratung dieser Betriebe, sowie die Vermarktung ihrer Produkte wollen wir auf Kreisebene im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft muss gestoppt und kleinere, regionale mit der Natur arbeitende Erzeuger müssen gefördert werden.

Der negative Einfluss der Landwirtschaft auf die Biodiversität und Artenvielfalt durch riesige Felder mit Monokulturen muss eingedämmt werden. Unser Landschaftsbild soll nicht von Plastikfolien, Folientunneln und Spezialkulturen dominiert werden, über die außerdem Mikroplastik in die Nahrungskette eingetragen wird. Der natürliche Lebensraum für Tiere und Pflanzen muss trotz spezialisierter und optimierter landwirtschaftlicher Erzeugung erhalten bleiben. Ackerrandstreifen müssen erhalten und ökologisch aufgewertet sowie Brachinseln auf landwirtschaftlichen Äckern eingerichtet werden.

Dazu braucht es eine intensive zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden sowie den Verbraucherzentralen.

Wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit. Schließlich ist die Macht der Verbraucher*innen beim Konsum von Lebensmitteln wie bei allen wirtschaftlichen Entwicklungen von großer Bedeutung. Der Landkreis selbst gehört – u.a. mit den Schulmensen – zu den Großverbrauchern. Deshalb soll er, abhängig von der jeweiligen Saison, noch stärker auf regional und ökologisch erzeugte Produkte setzen.

Wir GRÜNEN wollen in der Region keinen Anbau gentechnisch veränderter, landwirtschaftlicher Produkte. Aufklärung über die Risiken der Agro-Gentechnik hilft die Verbraucher zu sensibilisieren.

Tierschutz

Wir GRÜNEN fordern mehr Transparenz bei der Besetzung des Tierschutzbeirates. Dieser soll per Kreistagsbeschluss festgelegt werden.

Wir unterstützen regionale Schlachtungen, die dem Tierwohl entsprechen im Gegensatz zu dem Transport von Schlachttieren quer durch Deutschland und Europa.

Biologische Vielfalt und Artenschutz in Darmstadt-Dieburg

Eine der bedeutendsten Umweltgefährdungen weltweit ist die Abnahme der Artenvielfalt und die damit einhergehenden Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts. Jede Region hat ihre besondere Verantwortung, die spezifische einheimische Artenvielfalt zu schützen und zu fördern. Für den

Erhalt der Artenvielfalt bedarf es großräumiger, zusammenhängender Freibereiche, die ihrer natürlichen Entwicklung überlassen oder aufgrund von spezifischen Pflegeplänen bewirtschaftet werden. Um einen funktionsfähigen Verbund (Biotopvernetzung) zur Unterstützung der Biodiversität zu erhalten, bedarf es der Koordinierung und der Beratung der Kommunen durch den Landkreis. Dies betrifft Flächen, die aufgrund von Europa-, Bundes- und Landesrecht geschützt sind, genauso wie planungs- und naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen in den Kommunen.

Dem kommt der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit besonderen Projekten nach. Dabei spielen Konversionsflächen eine herausragende Rolle. Weitere Naturschutzprojekte, die in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt wurden und weiter gepflegt werden müssen:

- Das Messeler Hügelland: Aus der Bewerbung beim bundesweiten Wettbewerb „Idee Natur“ entwickelte sich ein Vorzeigeprojekt mitten im Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes. Das Gebiet entwickelt sich sehr gut, braucht dafür aber weitere Pflege.
- Trockenstandorte und Magerrasen: Sandmagerrasenflächen in den Naturräumen Untermainebene bzw. Hessische Rheinebene, Halbtrockenrasen im Bereich des Reinheimer Hügellandes und der Bergstraße.
- Projekt „Ried und Sand“: Im westlichen Landkreis wurden Biotope z.B. durch Anlage von Dünen oder Renaturierung von Bächen erweitert und Vernetzungsstrukturen u.a. mit Hilfe von Beweidung aufgebaut.
- Hochstamm-Obstbäume und Streuobstwiesen: Erhaltung, Neuanpflanzung und Pflege von Hochstamm-Obstbäumen im gesamten Kreisgebiet. Die Anstrengungen zum Ausgleich der vorausgegangenen Verluste müssen fortgesetzt werden.
- Biberschutz und -management: Der Biber fühlt sich im Landkreis wieder heimisch, v.a. an der Gersprenz. Das führt zu einer natürlichen und kostenlosen Renaturierung

von Landschaftsbereichen und Bachläufen und einer damit einhergehenden Verbesserung der Artenvielfalt. Konflikte, u.a. mit den Landwirten, bleiben dadurch nicht aus. Hier setzen wir uns dafür ein, dass der Landkreis mit der Unteren Naturschutzbehörde weiter eine koordinierende und ausgleichende Rolle behält.

Die Bedrohung der Artenvielfalt durch invasive Arten nimmt immer stärker zu. Jedes Jahr kommen weitere invasive Arten durch Einwanderung oder Einschleppung hinzu. Mit den Fachbehörden für Naturschutz, Landwirtschaft und Gesundheitsschutz kommt dem Kreis eine wichtige Funktion bei der Koordination der Eindämmung und Bekämpfung von invasiven Arten zu. Invasive Tiere und Pflanzen machen an Kreis und Gemeindegrenzen nicht halt.

Darüber hinaus ist es von besonderer Bedeutung, bestehende Biotope nicht zu gefährden oder z.B. durch Baulandausweisung und Straßenbau zu zerstören. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, verlorengegangene Biotope für gefährdete oder verschwundene Arten wieder aufzubauen, zu entwickeln und zu pflegen. Auch im Innenbereich sowohl auf privaten als auch öffentlichen Flächen und insbesondere auf Flächen des Landkreises müssen ökologische Aufwertungen erfolgen, um sowohl dem Klimawandel entgegenzuwirken als auch dessen Folge abzumildern und das Kleinklima zu verbessern. Das dient auch dem Schutz der Artenvielfalt. Konkret kann das bedeuten, Pflaster-, Schotter- und Rasenflächen in Blühflächen umzuwandeln, Nistmöglichkeiten für Vögel und Insekten zu schaffen und Heckenpflanzungen sowie Fassadenbegrünung zu fördern.

Nachwachsende Rohstoffe, u.a. zur Energiegewinnung, betrachten wir grundsätzlich als positiv. Nutzen und Risiken, die z.B. im Hinblick auf die Artenvielfalt dabei entstehen können, müssen sorgfältig abgewogen werden. Nachhaltiges Handeln und Wirtschaften heißt, nicht nur kurzfristig zu denken, sondern die Grundlagen für das Gleichgewicht der Ökosysteme langfristig zu schützen, zu erhalten und zu fördern.

Gerät das ökologische Gleichgewicht ins Wanken, sind meist große Anstrengungen nötig, um ein Kippen und langfristige Folgeschäden zu verhindern. Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises leistet hier außerordentlich wichtige Arbeit, in dem sie Artenschutz in Kooperation mit Kommunen, Verbänden und dem Land entwickelt, koordiniert und umsetzt, obwohl die gesetzlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt sind.

Aktionen zur Einbindung der Bevölkerung in den Naturschutz, wie z.B. durch die Reihe „Ab ins Artenreich“ oder die Vergabe des Umweltpreises müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Rückkehr von Feldhamster, Weißstorch und Biber, vermutlich auch von Luchs und Wolf in den Landkreis sind erfreuliche Beweise guter Arbeit. Wobei der Schutz von Weidetieren durch bereits bestehende Programme des Landes Hessen ge-

fördert und bei Bedarf auch ausgebaut werden sollte. Gezielte Artenschutzmaßnahmen sind nur auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse möglich.

Die vorliegenden Kartierungen von Tier- und Pflanzenarten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (Amphibienkartierung, Libellenkartierung, Vogelarten/Avifauna, Fledermauskartierung) sind auf weitere gefährdete Arten auszuweiten. Die aus den Erhebungen resultierenden erforderlichen Schutzmaßnahmen zum Erhalt der Biodiversität sind umzusetzen.

Naturräume – Freiräume erhalten

Die Ausweisung von Baugebieten im Außenbereich muss restriktiv behandelt werden. Verstöße, die über rechtmäßige Baugebietsausweisungen zulasten der angrenzenden Frei- und Ausgleichsräume hinausgehen, müssen konsequent verfolgt werden.

Immer größeren Kiesabbau und damit einhergehenden Verlust von Wald und landwirtschaftlichen Fächen wollen wir verhindern.

Die innerörtliche Verdichtung, Nutzungsänderungen und die Konversion von bereits versiegelten Flächen müssen Vorrang vor Bebauung im Außenbereich haben. Illegale Bauten im Außenbereich müssen konsequent verfolgt werden. Beim Neubau von kreiseigenen Gebäuden, z.B. Schulen, wollen wir, bevor Flächen im Außenbereich in Anspruch genommen werden, zuerst alle innerörtlichen Möglichkeiten nutzen. Dazu gehören auch flächensparende Raum- und Nutzungskonzepte.

Straßenneuanlagen sollen nur bei absoluter Dringlichkeit erfolgen und müssen strengsten Anforderungen hinsichtlich Natur- und Landschaftsschutzes genügen.

Nur wenn wir den Flächenverbrauch und alle damit verbundenen Umweltschäden konsequent beenden, können wir den Klimawandel eindämmen.

Lichtverschmutzung eindämmen

Erfreulicherweise ist vielfach die Umstellung auf LED-Beleuchtung umgesetzt. Viele Bereiche werden heller beleuchtet als nötig ist. Das beeinträchtigt Menschen und Tierwelt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf kreiseigenen Liegenschaften und in anderen Einflussbereichen des Kreises Lichtverschmutzung vermieden wird.

Wasser

Der Schutz und die Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Planungen zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) müssen schnell und konsequent umgesetzt werden,

um die oberirdischen Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Allen Gefährdungen des Grundwassers muss entgegengewirkt werden. Das beginnt bei einer intensiven und ökologisch orientierten Beratung der Landwirtschaft zur Eindämmung von Einträgen, die die Wasserqualität beeinträchtigen. Es geht weiter mit der Kontrolle der Gewerbebetriebe, um unerlaubte Einleitungen zu verhindern.

Zum Grundwasserschutz gehört für uns GRÜNE auch, dass wir die Bildung von Grundwasser fördern. So sollen Flächen erhalten und geschaffen werden, wo Regen und Oberflächenwasser versickern können. Das bedeutet Überschwemmungsflächen schaffen und Flächenversiegelung durch Bautätigkeit eindämmen und – wo es möglich ist – wieder rückgängig machen. Dies dient gleichzeitig dem Schutz für die Siedlungsgebiete vor Überschwemmung.

KLIMA UND ENERGIE

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, muss der CO₂-Ausstoß weiter massiv reduziert werden.

Dabei haben Energieerzeugung und -verbrauch eine zentrale Bedeutung.

Es wurden auf Initiative der GRÜNEN bereits viele Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zum Wechsel auf umweltfreundliche, regenerative Energieträger umgesetzt. Viele der kreiseigenen Gebäude wurden energetisch saniert und weitere Maßnahmen sind im Schulbauprogramm für die kommenden Jahre geplant. Dieser Kurs muss konsequent fortgesetzt werden.

Unsere Ziele:

- Umsetzung der Pariser Ziele in Zusammenarbeit mit den Kommunen: Kreisweite Klimaneutralität bis 2030
- Energetische Sanierungen der kreiseigenen Gebäude zur nachhaltigen Energieeinsparung und CO₂-Reduktion fortsetzen
- Energieeinsparung und Energieeffizienz verbessern (Qualifizierte Beratungsangebote für die Bevölkerung fortsetzen).
- Dazu innovative Technologien (bspw. Wasserstoff aus regenerativen Energien) nutzen und gleichzeitig energiesparendes Verhalten fördern

Wir GRÜNEN begrüßen und unterstützen den weiteren Ausbau regenerativer Energieformen und den Wechsel zu dezentraler Energieerzeugung in bürgerschaftlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Händen. Wo es Konfliktpotenziale gibt, z. B. mit

dem Landschafts- oder Artenschutz, ist es wichtig, die verschiedenen Belange sorgfältig abzuwägen.

Da es keine Form der Energieerzeugung gibt, die keine Nachteile mit sich bringt, ist es unabdingbar, die Möglichkeiten der Energiesparung und Energieeffizienz in allen Einflussbereichen des Kreises (das sind u.a. eigene Liegenschaften, ÖPNV, neue Medien...) möglichst weit auszuschöpfen. Der einflussreichste Bereich im Kreis ist das im DaDi-Werk angesiedelte Gebäudemanagement (s. extra Kapitel), mit dem ca. 500 kreiseigene Gebäude betreut werden und das weiterhin ein Vorbild sein und eine Voreiterrolle einnehmen soll.

Darüber hinaus soll der Kreis durch Öffentlichkeitsarbeit und Beratung auf die Firmen und die Bevölkerung einwirken, damit auch in der Wirtschaft und im privaten Bereich der Energieverbrauch deutlich gesenkt wird.

Durch grüne Initiativen wurde im Landkreis schon viel erreicht. Wir haben hohe Energiestandards bei den kreiseigenen Gebäuden. Wir wollen Elektromobilität fördern und den öffentlichen Nahverkehr kontinuierlich ausbauen, auch in Bezug auf Elektromobilität. Diesen Weg wollen wir mit einer starken Fraktion konsequent weitergehen.

Nachhaltiges Gebäudemanagement

Der CO₂-Ausstoß muss zur Eindämmung des Klimawandels und zur Erreichung der Klimaneutralität deutlich reduziert werden. Eine sehr bedeutende Stellschraube dafür ist im Landkreis das Gebäudemanagement.

Energetische Sanierungen von Gebäuden und qualifiziertes Energiemanagement sollen weiterhin Grundsäulen des Gebäudemanagements bilden. Schulbau muss nachhaltig und nach Leitlinien erfolgen. Holz hat als Baustoff und Energieträger hervorragende Eigenschaften, die wir auch in Zukunft nutzen wollen. Ein bewusster und nachhaltiger Umgang mit den Gebäuden und Ressourcen an den Schulen soll für die ganze Schulgemeinde Ziel sein. Die Freiflächengestaltung muss nach ökologischen Prinzipien erfolgen und Versiegelung von Flächen auf ein nötiges Minimum reduziert werden.

Unsere Ziele:

- Schulbauprogramm unter energetischen Gesichtspunkten möglichst im Passivhausbau fortsetzen
- Energie- und Ressourcenmanagement fortführen und weiterentwickeln
- Nachhaltiges Bauen mit Holz ermöglichen
- Hohe ökologische Standards an kreiseigenen Gebäuden bei Sanierung und Neubau verwirklichen
- Leitlinien zum Ausgleich der Interessen und zur Gerechtigkeit untereinander

- Projekte zur Umweltbildung an Schulen, um den sparsamen Umgang mit Ressourcen zu lernen
- Fördergelder von Land, Bund und der EU ausschöpfen, um Freiflächen ökologisch aufzuwerten
- Ausreichend Grünflächen bei Schulhöfen trotz Sanierung vorsehen (Schulgarten)

Energieeinsparung durch energetische Sanierung & Energiemanagement

Der Landkreis hat mit seinen Verwaltungsgebäuden und den 81 Schulen einen Immobilienbestand von fast 500 Einzelgebäuden, der unter ökologischen Gesichtspunkten zu unterhalten ist. In den letzten Jahren konnten im Landkreis mit dem Schulbauprogramm und aktuell mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes auf dem Parkhaus in Kranichstein im Hinblick auf Energieeffizienz hohe Standards gesetzt werden. Bei einigen Gebäuden wurde Passivhausstandard erreicht, bei allen sanierten Gebäuden konnten hohe Energieeinsparungen erzielt werden.

Holzmodulbauweise

Eine herausragende Rolle im Schulbau spielt aktuell und in Zukunft der Holzbau, der in Bezug auf das Raumklima, die energetischen Eigenschaften und die Architektur hohen Ansprüchen genügt. Ein wichtiger Beitrag zur CO₂-Reduktion, denn 2% des weltweiten CO₂-Ausstoßes wird durch die Zementherstellung verursacht. Die Holzmodulbauweise ermöglicht hohe Flexibilität und Ressourcenschonung, da Gebäude an einem Standort ab- und anderswo wieder aufgebaut werden können.

Biologische Vielfalt und Artenschutz im Gebäudemanagement

Die Gestaltung, Pflege und Unterhaltung der Freiflächen rund um die kreiseigenen Gebäude, wie Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäude, sind Bestandteil des Gebäudemanagements. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass die unter dem Kapitel Klima-, Natur- und Umweltschutz genannten Ziele und Maßnahmen (Versiegelung eindämmen, Artenvielfalt fördern, Fassadenbegrünung...), verwirklicht werden. Wir wollen Flächenentsiegelung oder ökologische Aufwertung von Flächen, z.B. durch Blühwiesen umsetzen. Dabei wollen wir Fördergelder vom Land, Bund und der EU ausschöpfen. Darüber hinaus tragen diese Maßnahmen – am besten mit Beteiligung der Schulgemeinde – zur außerordentlich wichtigen Umweltbildung an Schulen bei.

Abfallwirtschaft

Unser vorrangiges Ziel ist es, bestmöglich die Ressourcen zu schonen. Die Abfallvermeidung muss deshalb oberstes Handlungsgebot sein. Von großer Bedeutung ist die Wiederverwertung von Wertstoffen. Die Bewusstseinsbildung in der Bürgerschaft und in der Wirtschaft muss weiter verbessert werden. Die Zweckverbände und andere Organisationen des Kreises leisten dabei sehr gute Arbeit, die dringend fortgesetzt und weiterentwickelt werden muss.

Unsere Ziele:

- Abfallvermeidung wesentlich verbessern
- Wiederverwertung optimieren
- Erfolgsmodelle, wie Getrenntsammlung, Wiederverwertung vieler Stoffe, Mehrwegsysteme stärken und verbessern
- Illegale Müllablagerungen eindämmen
- Diebstahl von Wertstoffen bei der Einsammlung reduzieren
- Initiativen unterstützen, die die Nutzungsdauer von Gegenständen verlängern, z.B. Tauschbörsen, Sozialkaufhäuser, Repair-Cafés, Upcycling-Initiativen...

In den Gremien des DaDi-Werkes, des ZAW, der AZUR und des ZAS, ebenso im Kreisausschuss werden die GRÜNEN die Behandlung, Verwertung und Entsorgung der verschiedenen Abfall- und Wertstoff-Fraktionen sowie das Gebührensystem weiterentwickeln, um im Landkreis weiter ein ökologisch sinnvolles und ökonomisch akzeptables Abfallwirtschaftssystem zu sichern. Der Landkreis war durch GRÜNE Initiative Vorreiter in der getrennten Müllsammlung. Er zählt mit der Abfalltrennung und Abfallvermeidung zu den Vorreitern in der Bundesrepublik. Mit einem Pro-Kopf-Aufkommen von 68 kg Restmüll lag der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Jahr 2024 erneut deutlich unter dem Hessen durchschnitt von 137 kg pro Nase (2023).

Wir wollen den bestehenden Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) – in welchem der Landkreis und die Kommunen des Kreises die Abfallpolitik gemeinsam entscheiden – weiter stärken. Die Abfallvermeidung bleibt wichtigstes Ziel. Dazu muss intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden und alle Steuerungsmöglichkeiten des Kreises müssen genutzt werden. Die Entsorgungssysteme sollen in der Abwicklung und Kommunikation weiter bürgerfreundlich ausgebaut werden. Wertstoffe müssen so weit wie möglich einer Wiederverwertung zugeführt werden.

Nachhaltiges Wirtschaften und Sozialpolitisches Engagement im Bereich Elektroschrott

Das Modellprojekt des Landkreises „AZUR“ verfolgt ökologische und soziale Ziele nachhaltig. Im Rahmen der Verwertung von Elektroschrott wurden sozialpolitische Ziele in Form von Arbeitsplätzen und Qualifizierung für Langzeitarbeitslose erreicht. Die Verwertung von Elektroschrott und anderen Wertstoffen wollen wir in der AZUR GmbH erhalten.

Landschaft schützen – Abfall ist Wertstoff

Die Abfallwirtschaft im Landkreis DaDi hat nach wie vor erhebliche Probleme mit Littering (das wilde Ablagern von Müll in der Landschaft). Die Entsorgung von wild abgelagertem Müll kostet jährlich eine Million Euro, die aus den Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger bezahlt werden. Zusätzlicher Schaden entsteht durch den Raub von Elektrogeräten, die von privaten Haushalten zur Abholung angemeldet werden.

Zum Thema Abfall muss die Bewusstseinsbildung durch Information der Bürgerschaft, über Informationskampagnen, über die Vereine und durch die Schulen verbessert werden. Innovative

Ideen und Projekte dafür wollen wir fördern. Parallel muss der Handel zum Verzicht auf Einweg-Verpackung oder zur Nutzung von wiederverwertbaren oder kompostierbaren Verpackungen aufgerufen werden. Das EU-weite Verbot verschiedener Einwegartikel aus Plastik muss konsequent kontrolliert werden.

Müllverbrennung muss im Sinne der Kreislaufwirtschaft emissionsarm erfolgen

Im Müllheizkraftwerk in Darmstadt, an dem wir als Mitglied des Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) beteiligt sind, investiert in den nächsten Jahren große Summen und steht vor umfassenden Veränderungen. Die Müllverbrennungslinien werden modernisiert und eine Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage wird installiert. Wir GRÜNEN begrüßen die Investitionen. Mit der neuen Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage wird wertvoller Phosphor für die Nutzung als Düngemittel recycelfähig hergestellt. Die beteiligten Kommunen erhalten Entsorgungssicherheit für ihre Klärschlämme und können die Kosten dafür verlässlich kalkulieren.

MOBILITÄT

Mehr Mobilität für alle – weniger Belastungen für Mensch, Umwelt und Klima

Unser Kreis ist auf die Mobilität von Menschen und Gütern angewiesen. Gleichzeitig stellt genau diese Mobilität eine enorme Belastung für die Menschen, unsere Städte und Gemeinden, unsere Umwelt und das Klima dar. Zur Personenbeförderung hinzu kommt der Wirtschaftsverkehr, um unsere Versorgung zu gewährleisten und in der Region benötigte und produzierte Güter einzusammeln und zu verteilen.

Um die vielfältigen Mobilitätsbedarfe auch in Zukunft zu gewährleisten ohne die Menschen, die Umwelt und das Klima weiter zu belasten, wollen wir GRÜNE die Verkehrswende aktiv voranbringen. Der Umstieg vom PKW und LKW auf menschen- und umweltfreundlichere Verkehrsmittel erfordert, dass diese massiv gefördert werden, um möglichst alle Orte attraktiv zu erschließen. Der Wechsel des Antriebs, weg vom Verbrenner, hin zur Elektromobilität und regenerativen Kraftstoffen, ist konsequent weiter zu verfolgen und zu fördern, ist jedoch nur ein kleiner Baustein der Verkehrswende.

Durchgängige Lösungen über Verkehrsarten und Kreisgrenzen hinweg

Um die vielfältigen Mobilitätsbedarfe umweltfreundlich erfüllen zu können, müssen in unserem Landkreis, der aus städtischen und ländlichen Regionen besteht, die verschiedenen Verkehrsträger kombiniert werden. Zu Fuß, mit dem Fahrrad, On-Demand oder mit dem PKW zur passenden Haltestelle von Bus und Bahn. Oder per Container auf der Schiene bis zu einem Rail & Road-Umladepunkt im Kreis, von welchem aus LKW die Feinverteilung übernehmen. Dies sind für uns GRÜNE zentrale Bausteine einer erfolgreichen Verkehrswende. Diese erfordert auch, dass Mobilität über die Kreisgrenzen hinweg gedacht und geplant wird. Die Zusammenarbeit und Koordination insbesondere mit der Stadt Darmstadt, mit der die größten Mobilitätsverflechtungen bestehen, ist deshalb weiter auszubauen.

Das Deutschlandticket (D-Ticket) hat belegt, dass ein universell gültiges Ticket mit einem attraktiven Preis mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen kann. Wir setzen uns dafür ein, dass das Deutschlandticket mit einem Preis unter 60 € pro Monat erhalten bleibt sowie Bund und Land es dauerhaft und auskömmlich ohne zusätzliche kommunale Mittel finanzieren.

Durch Mobilitätsstationen können Bus und Bahn mit On-Demand und car-, bike- und e-scooter-sharing-Angeboten verknüpft werden. Wir wollen, dass in allen Kommunen entsprechende Stationen aufgebaut und betrieben werden. Die Digitalisierung bietet hierfür neue Möglichkeiten und Chancen, diese wollen wir aktiv nutzen.

Das Erfolgsmodell DADINA

Die Darmstadt Dieburger Nahverkehrsorganisation (DADINA) und der gemeinsame Nahverkehrsplan des Kreises Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt mit stetig steigenden Fahrgästenzahlen sind der eindrucksvolle Beleg dafür, wie eine erfolgreiche Planung und Umsetzung über Verkehrsarten und Kreisgrenzen hinweg erfolgen kann. Deshalb wollen wir GRÜNEN das Erfolgsmodell DADINA erhalten, weiter ausbauen und fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die dafür erforderlichen finanziellen Mittel vom Kreis zur Verfügung gestellt werden. Angebotsreduzierungen lehnen wir ab. Zusätzlich fordern und fördern wir einen gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplan für Menschen und Güter für den Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt.

Die Schiene als Rückgrat des Fern- und Nahverkehrs stärken

Fernverkehr

Die geplante Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim ist die Voraussetzung, um die überlasteten Schienenstrecken zwischen Main und Neckar zu entlasten und damit die erforderlichen Verbesserungen im Schienen-Personennahverkehr zu ermöglichen. Sie ist auch erforderlich, um die Main-Neckar-Strecke vom Güterverkehr zu entlasten und den Güterverkehr mehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Der Darmstädter Hauptbahnhof soll mit einem Bypass an die Neubaustrecke angebunden werden. Wichtig ist, dass nicht nur die Anzahl der Fernverkehrsverbindungen, sondern auch die Anzahl der umsteigefrei zu erreichenden Städte und Regionen in Deutschland erhalten bleibt. Gleichermaßen gilt für Aschaffenburg als Fernverkehrsbahnhof für den östlichen Landkreis. Attraktive ICE- und IC-Verbindungen sind eine Voraussetzung für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Neubaustrecke vom Bund priorisiert wird und ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für einen steigenden Gütertransport auf der Schiene ist es für uns GRÜNE erforderlich, einen Standort für einen zentralen Railport (Umladepunkt Schiene/Strasse) in der Region zu ermitteln und planerisch abzusichern.

Regionalverkehr

Durch die Rhein-Main-Bahn (RB75), die Main-Neckar-Bahn (RB60/67/68, S6), die Odenwaldbahn (RB81/82; RB85/86) sowie die Pfungstadtbahn (RB66) und die Dreieichbahn (RB61) werden 16 von 23 Kreiskommunen durch den Schienenregionalverkehr erschlossen. Alle Verbindungen kämpfen mit ständigen Verspätungen und zunehmenden Zugausfällen.

len. Gleichzeitig begrenzt die vorhandene Schieneninfrastruktur eine Erweiterung des Angebotes. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass:

- für alle Verbindungen untersucht wird, mit welchen „kleinen“ Maßnahmen, wie zusätzlichen Weichen und Signalen, die Flexibilität und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Schienenstrecken ohne langwierige Genehmigungsverfahren erhöht werden können.
- die in der Erbacher Erklärung vereinbarten Maßnahmen für die Odenwaldbahn zeitnah und zügig umgesetzt werden. Dies betrifft für unseren Kreis insbesondere den Ausbau des Bahnhofes Mühlthal-Traisa zum Kreuzungsbahnhof.
- der Bahnhof Eppertshausen zügig zum Kreuzungsbahnhof ausgebaut wird.
- darüber hinaus der Ausbau der Odenwaldbahn für einen emissionsfreien Betrieb (E-Ladepunkte und Oberleitungsinseln) mit der Neuvergabe ab 2030 sichergestellt wird.
- auch für längerfristige Projekte zügig entsprechende Planungsvereinbarungen abgeschlossen und diese kontinuierlich vorangetrieben werden, z.B. die abschnittsweise Schaffung zusätzlicher Gleise und längerer Bahnsteige, eine Elektrifizierung der Dreieichbahn, die Verlängerung der S-Bahn bis nach Dieburg.

Es bleibt unser Ziel, die Fahrgastzahlen auf der Schiene langfristig zu verdoppeln. Zusätzliche Schieneninfrastruktur ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Gleichzeitig darf aus unserer Sicht kein Meter Schiene entwidmet werden (Gersprenztalbahn) und vorhandene Trassen sind planerisch zu sichern (DA-Ost bis Roßdorf).

Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass:

- noch vorhandene Taktlücken geschlossen werden.
- Taktverdichtungen erfolgen, wo die Züge bereits heute voll sind und ein dichterer Takt ohne zusätzliche Infrastruktur möglich ist.
- schrittweise die Nachtlücke durch einen Stundentakt zwischen 0 und 5 Uhr geschlossen wird.

Die Straßenbahn zwischen der Stadt Darmstadt und umliegenden Kreiskommunen weiter ausbauen

Die Straßenbahn ist ein schnelles, pünktliches und attraktives Verkehrsmittel, das bereits die Kreiskommunen Griesheim, Seeheim-Jugenheim und Alsbach direkt mit der Darmstädter Innenstadt und Stadtteilen verbindet. Die Busverbindungen von Weiterstadt und Roßdorf nach Darmstadt sind an der Leistungs- und Kapazitätsgrenze angekommen. Um das ÖPNV Angebot auf diesen Verbindungen zu sichern und weiter auszubauen, ist die Straßenbahn für uns das geeignete Verkehrsmittel.

Die laufenden Kosten-Nutzen-Untersuchungen für die Erweiterung der Straßenbahn von Weiterstadt über Darmstadt nach Roßdorf und Groß-Zimmern, sowie von Griesheim nach Riedstadt sind zügig abzuschließen. Sobald ein positives Ergebnis vorliegt, ist direkt mit der Umsetzung zu beginnen.

Zur Reduzierung der städtebaulichen Eingriffe durch Wendeschleifen und der Investitionskosten sind wir offen für die Anschaffung von Zwei-Richtungs-Straßenbahnen. Ebenso für den Einsatz von zusätzlich mit Batterien ausgestatteten Straßenbahnen, um abschnittsweise auf Oberleitungen zu verzichten.

Mit dem Bus die Fläche erschließen

Abseits der Schienenwege erschließt der Bus das Kreisgebiet. Wir setzen uns dafür ein, dass die im Nahverkehrsplan festgelegten Vorgaben zur Bedienungshäufigkeit, zu den Qualitätsstandards für Fahrzeuge und Haltestellen sowie der schrittweise Umstieg auf CO₂-freie Antriebe konsequent umgesetzt wird. Vom Kreis sollen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Buslinien mit verkürzten Reisezeiten („Express-Busse“) eine hohe Auslastung und hohe Fahrgastzuwächse ermöglichen. Als GRÜNE setzen wir uns für einen Ausbau von Expressbuslinien ein.

Um durchgängige Mobilitätslösungen zu erreichen, sind die Übergänge von Bus-Schiene–Rad durch attraktive bauliche und betriebliche Übergänge ständig zu verbessern.

Überörtliche Fahrradverbindungen und Bike & Ride-Anlagen ausbauen

Das Radfahren boomt in der Freizeit, auf dem Weg zur Arbeit und im Alltag. Dank E-Bike und Lastenräder nutzen immer mehr Menschen das Rad und sind dabei in der Lage, längere Strecken zurück zu legen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Radverkehrskonzept des Kreises mit Nachdruck umgesetzt wird und dafür auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Unser Ziel ist es, alle Kreiskommunen mit einer sicheren und attraktiven Radverkehrsanlage zu verbinden. Manchmal ist dabei eine kleine umsetzbare Lösung besser als eine perfekte, die nie kommt (s. Waschenbach-Frankenhausen).

Darüber hinaus sind zentrale Radverkehrskorridore durch den Kreis von Darmstadt nach Frankfurt, Groß-Gerau (Mainz/Wiesbaden), Bensheim (Heidelberg) und nach Aschaffenburg mit durchgängigen Radschnell-Verbindungen zu erschließen. Der im Abschnitt von Langen bis Darmstadt-Arheilgen bereits vorhandene Radschnellweg ist

zeitnah durchgängig von Frankfurt bis Darmstadt herzustellen und darüber hinaus nach Süden fortzuführen.

In unserer Zuständigkeit als Kreis wollen wir für die weiterführenden Schulen ein Schulradwegenetz erarbeiten.

Für ausreichende, wettergeschützte und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder wollen wir an Schulen ebenso wie an Umsteigepunkten zur Schiene und an zentralen Bushaltestellen sorgen. Sie sollen Teil jeder Um- und Neubaumaßnahme von Haltestellen sind.

Mobilität für alle – Barrierefreiheit weiter verbessern

Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen – unabhängig von körperlichen, sensorischen oder geistigen Einschränkungen – Zugang zu Verkehrsmitteln und Verkehrsinfrastruktur haben. Alle sollen diese selbstständig, sicher und komfortabel nutzen können.

Die dafür erforderlichen Maßnahmen sind im Nahverkehrsplan verankert. Diese sind konsequent umzusetzen.

Wir wollen jede Art von Zugangshindernissen zu öffentlichen Mobilitätsangeboten reduzieren. Das Deutschlandticket ist die Grundlage dafür, den Tarifschungel zu beseitigen. Mit Hilfe der Digitalisierung wollen wir die Planung, Buchung und Bezahlung von durchgängigen Mobilitätslösungen kontinuierlich verbessern. Für Menschen die damit nicht umgehen können, ist für eine Übergangszeit eine entsprechende Unterstützung zu gewährleisten.

Mit OnDemand alles rund um die Uhr erreichen

Als GRÜNE haben wir das Ziel, allen Menschen im Kreis schrittweise möglichst rund um die Uhr eine Alternative zum eigenen PKW anzubieten. In dünn besiedelten Teilen des Landkreises, auf Verbindungen mit geringerer Nachfrage, in Tagesrandlagen, in der Nacht und am Wochenende ist dies mit Linienverkehren nicht zu leisten. Hier wollen wir als Ergänzung zu Linienverkehren Angebote auf Bestellung, sogenannte On-Demand-Verkehre mit dem DADI-Liner anbieten. Dabei setzen wir für die Zukunft auf den Einsatz autonomer Fahrzeuge. Deshalb unterstützen wir das gemeinsam vom RMV und HEAG Mobilo betriebene Projekt KIRA (KI-basierter Regelbetrieb autonomer On-Demand-Verkehre) mit Sitz in Weiterstadt. Kürzung und Ausdünnung von Linienverkehren durch eine Ausweitung des DADI-Liners sehen wir hingegen kritisch. Es ist stets zu evaluieren und sicher zu stellen, dass durch eine Umstellung Fahrgäste nicht verloren sondern hinzugewonnen werden.

Straßennetz sanieren, Carsharing und Park & Ride weiter ausbauen

Als GRÜNE setzen wir uns vorrangig für die Förderung des Umweltverbundes, bestehend aus öffentlichem Verkehr sowie dem Rad- und Fußverkehr ein.

Gleichzeitig wird der PKW besonders in den weniger dicht besiedelten Bereichen des Kreises sowie der Güter- und Wirtschaftsverkehr über die Straße auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen uns deshalb auf die Sanierung und den Erhalt des vorhandenen Straßennetzes konzentrieren. Maßnahmen die zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität beitragen haben Priorität (z.B. Umsetzung Tempo 30, Gehwegverbreiterungen,...).

Einen Neubau von zusätzlichen überörtlichen Straßen sehen wir GRÜNE besonders kritisch. Einen Bedarf zum Neubau von Kreisstraßen (wie in Weiterstadt zur Erschließung eines örtlichen Baugebietes) sehen wir nicht. Den vierspurigen Ausbau der B45 in den Odenwald lehnen wir weiter ab und werden uns für Ressourcen-schonendere Verbesserungen, wie einen dreispurigen Ausbau mit wechselnden Überholspuren und optimierten Knoten- und Kreuzungspunkten einsetzen. Die Ortsumfahrung von Groß-Bieberau stellt nach unserer Meinung einen zu großen Eingriff für Natur, Landwirtschaft und Landschaft dar und bringt zu geringe Verbesserungen für die Menschen im Stadtgebiet. Deshalb wollen wir die Planungen nicht weiter vorantreiben.

Gleichzeitig soll und kann sich die Nutzung des PKW verändern. Es muss nicht immer der eigene (Zweit)PKW sein. Um dies zu ermöglichen, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und privaten Betreibern ein Carsharing-Angebot in allen Kreiskommunen fördern und etablieren.

Den Umstieg vom PKW auf die Bahn am nächstgelegenen Bahnhof wollen wir gemeinsam mit den Kommunen durch Park & Ride-Plätze an den Bahnhöfen erleichtern.

Der Flugverkehr belastet die Menschen und die Umwelt im Kreis

Eine echte Reduzierung der Belastungen kann nur durch eine Begrenzung und Reduzierung der Flugbewegungen gelingen. Als GRÜNE setzen wir uns mit dem Ausbau der Schiene dafür ein, dass Kurzstreckenflüge konsequent auf die Bahn verlagert werden können. Die Digitalisierung bietet darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten Dienstreisen zu vermeiden.

Der Frankfurter Flughafen gehört zu den großen Drehkreuzen der Welt. Die Zahl der Flugbewegungen über dem Landkreis Darmstadt-Dieburg wird mit Inbetriebnahme des Terminals 3 weiter zunehmen. Ähnlich wie in anderen Verkehrsbereichen werden dabei die technischen Verbesserungen durch leisere Flugzeuge und genauere Abflüge durch die Zunahme an Flugbewegungen zunichte gemacht.

Als GRÜNEN werden wir uns weiter gegen eine weitere Zunahme der Flugbewegungen und für eine Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die gesetzliche Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr einsetzen.

Die seit 1. Juli 2025 in Betrieb genommene Abflugroute Cindy S ist mit einer deutlichen Erhöhung der Lärmbelastung für einige Kommunen im Landkreis verbunden, während andere eine Entlastung erfahren. Wir wollen, dass der Kreis sich aktiv dafür einsetzt, dass die Auswirkungen von Cindy S auf alle betroffenen Kommunen sorgfältig evaluiert werden und Lösungen erarbeitet werden, welche die Lärmelastung insgesamt reduzieren. Gleichzeitig ist die finanzielle Unterstützung für den passiven Schallschutz an Gebäuden durch die fraport und den Bund auszuweiten und zu erhöhen.

GUTE BILDUNG FÜR ALLE

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg bietet gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein umfassendes und bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Kinder an. Seine Aufgabe ist, Zulassungen zu erteilen, Qualitätsstandards zu kontrollieren und Bundes- und Landesförderungen an die Schulen zu bringen. Die Betreuungs-DADI-GmbH organisiert über den Pakt für den Ganztag die Nachmittagsbetreuung an Schulen. Als öffentlicher Träger der Jugendhilfe ist der Landkreis für die Schulsozialarbeit an Schulen zuständig. Durch die Jugendhilfestatistik hat er steuernde und beratende Aufgaben für die Städte und Gemeinden inne.

Bildung beinhaltet nicht nur Schule, sondern auch frühkindliche Erziehung in Kita und Kindertagespflege, Schule mit Ganztagsbetreuung, Inklusion, Weiterbildung in der Volkshochschule, berufliche Bildung oder Studium.

Gute Bildung heißt lebenslanges Lernen und ist ein wesentliches Element für Chancengleichheit und Gerechtigkeit, für Demokratie, sozialen Zusammenhalt und für die persönliche Zukunft jedes Einzelnen.

Unsere Ziele

- Sicherstellung und Ausweitung des Ganztagsangebots an Grundschulen
- Weitere Umsetzung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms
- Offene Lernlandschaften und Menschen, die ein gesundes Essen aus der Region anbieten
- Unterstützungsangebote Digitalisierung, zum Umgang mit digitalen Medien
- Schulsozialarbeit in allen Schulstufen

- Schulen mit Schwerpunkten und Kompetenzförderung
- Gemeinsame Schulentwicklung mit der Stadt Darmstadt weiterverfolgen
- VHS als Anbieter bedarfsgerechter Bildungsmöglichkeiten erhalten und stärken.

Bildung im Vorschulbereich – Kindertagespflege

Neben den kommunalen Kindertagesstätten und Krippen ist die Kindertagespflege, d.h. die Betreuung durch geschulte Tageseltern, ein wichtiger Baustein in der U3 Betreuungslandschaft und der frökhkindlichen Bildung. Wir wollen, dass die Familien im Landkreis ein gutes Angebot an Tagespflegestellen vorfinden. Damit ist verbunden, dass die selbständigen Tagespflegepersonen gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit haben.

Im Jahr 2025 wurde nicht zuletzt durch ein Gerichtsurteil klar, dass die Satzung zur Förderung der Kindertagespflege überarbeitet werden muss.

Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses im Jugendhilfeausschuss wollen wir gemeinsam mit den Vertreter*innen der Kindertagespflegestellen gute Lösungen entwickeln.

Kindertagesstätten

Wir wollen im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Landkreis und Kommune die benötigte Anzahl an Plätzen in Kindertagesstätten und die Qualität der Angebote sicherstellen. Die Beratung und andere Leistungen des Jugendamtes sollen auf Augenhöhe und mit ausreichendem Personal erbracht werden. Aber es bleibt dabei: Bau und Betrieb von Kinderkrippen (von 0–3 Jahre) und Kindergärten (3–6 Jahre) liegen in der Verantwortung der Städte und Gemeinden. Sprechen Sie Ihre Kandidat*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor Ort konkret darauf an.

Der weitere Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren ist in dieser Hinsicht besonders wichtig. In Familienzentren, die sich nach außen öffnen, finden Menschen aller Kulturen Begegnung und Beratung. Gesundheit, Sport, Inklusion und vieles mehr können hier unterstützt und gefördert werden.

Gute Schulen – rhythmisierte Ganztagschulen

Mit dem Schuljahr 2026/27 befinden sich alle Grundschulen im Landkreis im Pakt für den Ganztag. Die Nachfrage nach Plätzen steigt. Der Kreis hat die Betreuung in eigener Regie professionalisiert und eine solide Finanzierung des Modells sichergestellt. Damit ist ein großes Ziel erreicht.

Vom Pakt für den Ganztag in der Betreuenden Grundschule zur rhythmisierten Ganztagsschule: Unser Ziel sind moderne Ganztagschulen, in denen sich Kinder, Jugendliche und Lehrpersonal gleichermaßen wohlfühlen. Schulen als gesunde, modern ausgestattete Lern- und Lebenswelten sind eine wesentliche Voraussetzung, damit Lernen Spaß macht und gute Bildung ermöglicht wird.

Ganztagschulen organisieren den Tagesablauf eigenständig in einem Rhythmus, bei dem Unterricht und weitere Bildungs- und Betreuungsangebote auf den Vormittag und den Nachmittag verteilt werden. Dabei können pädagogische und sonderpädagogische Belange besser berücksichtigen werden.

Deshalb wollen wir Schulen unterstützen, das Ganztagsangebot zur Ganztagschule, verpflichtend und damit kostenfrei in den Modulen A bis 14:30 h oder Modul B bis 15:30 h weiterzuentwickeln. Daneben sollen Möglichkeiten einer Ganztagsbetreuung bis 17:00 h aufrechterhalten bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ganzheitliche, inklusive Schulsysteme – ohne Selektion und mit offenen Lernstrukturen – die ein gemeinsames Lernen für alle Schüler*innen vorsehen und eine individuelle Förderung entsprechend den Kompetenzen und Erfordernissen des einzelnen Kindes ermöglichen. Wir wollen die inklusive Be-schulung, bei Bedarf mittels Teilhabeassistenz, in allgemeinen Schulen ermöglichen. Schüler*innen, die aufgrund ihrer Behinderung eine spezielle Lernumgebung in sehr kleinen Klasseneinheiten wünschen und brauchen, sollen in Förderschulen die Gelegenheit dazu erhalten.

Jedes Kind soll schwimmen lernen. Dass dies innerhalb des Schulunterrichtes möglich ist, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Vereinen weiterhin sicherstellen.

Digitalisierung an Schulen

Der Digitalpakt I von Bund und Ländern hat zu einer Verbesserung der technischen Infrastruktur, der Ausstattung mit Endgeräten und des Zugangs zum schnellen Internet an nahezu allen Schulen des Landkreises beigetragen. Der Digitalpakt 2.0 vom Bund wurde beschlossen, die Umsetzungsrichtlinien für Hessen sind noch nicht klar. Wir wollen diesen nutzen und ggf. zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Die Schulen im Landkreis sollen technisch so ausgestattet, dass die kontinuierliche Weiterentwicklung der Digitalisierung im Unterricht genutzt und der Umgang damit geübt werden kann. Es soll ausreichend Fachpersonal für die Betreuung der digitalen Einrichtung an Schulen und für die Schulung der Lehrkräfte im Umgang damit zur Verfügung stehen. Außerdem ist es uns wichtig, allen Schüler*innen unabhängig vom Einkommen der Familie die Nutzung von digitalen Endgeräten im Unterricht zu ermöglichen.

Spezialisierung an Schulen – Schwerpunkt MINT

Wir wollen das MINT-Programm zur Stärkung der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik an mehr Landkreis-Schulen bringen. Der Arbeitsmarkt in unserer Region hat in diesen Bereichen einen hohen Bedarf an Fachkräften mit Kenntnissen in diesen Bereichen. Kinder und Jugendliche schon in der Schule für diese Fächer zu begeistern, ist eine gute Basis für die Zukunft und Standortsicherung.

Der Landkreis unterstützt MINT-Schulen bei der Ausstattung der entsprechenden Fachräume. Die Förderung von Aktivitäten einiger Kreisschulen an entsprechenden Wettbewerben – z.B. „Jugend forscht“ – teilzunehmen, hat in den letzten Jahren zu beachtlichen Erfolgen geführt.

Stärkung des Berufsschulstandortes Dieburg

Mit einer guten Ausbildung an einer zukunftsfähigen Berufsschule schaffen wir es Jugendliche in der Region zu halten und die Fachkräfte von morgen für den Landkreis zu gewinnen. Wir wollen eine gute Perspektive und sichere Zukunft für die Landrat-Gruber-Schule (LGS) in Dieburg. Ein breites Angebot an Ausbildungsberufen und die Ansiedlung neuer trägt zu einer Stärkung des ländlichen Raumes bei.

Dafür wollen wir in eine bauliche Erweiterung und moderne Lernumgebung an der LGS investieren.

Für den nächsten Berufsschulentwicklungsplan (BSEP) wollen wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren, mit Darmstadt und dem Landkreis zu interkommunalen Lösungen zu kommen und einen gemeinsamen BSEP zu erarbeiten.

Schulsozialarbeit in allen Schulstufen

Schulsozialarbeit ist unerlässlich und sehr wichtig. Sie ist eine besondere Form einer ganzheitlichen Prävention und Intervention im schulischen Raum.

Unlängst hat das Land Hessen mit der Einführung des sogenannten Modells der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) die Unabdingbarkeit einer Schulsozialarbeit festgeschrieben. Wir möchten die Schulsozialarbeit in multiprofessionellen Teams im Sozialraum weiterentwickeln. Kooperationen mit freien Trägern, Jugendförderungen der Kommunen, der Jugendhilfe des Landkreises, mit Vereinen und Initiativen vor Ort sollen ausgebaut und in das Leben der Schulgemeinde integriert werden. Wir machen uns stark dafür, dass die Schulsozialarbeit sukzessive auch auf die Grundschulen ausgeweitet wird. Bis dato gibt es nur grundschulbezogene Modellprojekte. Hierbei wollen wir gemeindezentrierte, sozialraumorientierte Konzepte.

Eine offene Ausschreibung und die Vergabe an freie Träger sehen wir als wirkungsvoller an, im Vergleich zur Ausweitung des landkreiseigenen Personals.

Grundsätze GRÜNER Bildungspolitik

Wir wollen einen offenen und gleichberechtigten Zugang zu den Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen des Landkreises für alle, unabhängig von ihrem Lebensstandard oder Bildungsstand. Die kulturellen Angebote müssen kultursensibel gestaltet werden. Ihr Ziel soll es sein, Inhalte zum Umwelt- und Klimaschutz einzuschließen und demokratisches Bewusstsein zu stärken. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches und homophobes Gedankengut muss zurückgedrängt werden. Durch alternative und innovative Ansätze in der Kulturpolitik soll das soziokulturelle Engagement der Bürger*innen angeregt und verstärkt werden. Dies wollen wir im Rahmen der Zuständigkeiten des Landkreises weiter durch finanzielle Anreize, beratende und organisatorische Hilfen, die Stärkung der Ehrenamtlichkeit sowie eine bessere Vernetzung sinnvoller Angebote weiter fördern.

Kreisvolkshochschule

Die Kreisvolkshochschule hat eine Bildungsaufgabe für alle Bürger*innen zu erfüllen und muss mit ihren Kursangeboten die Bevölkerung der ländlichen Regionen oder mit Migrationsgeschichte ebenso wie bildungsferne und einkommensschwächere Bürger*innen erreichen.

Ein Ziel ist die Verbesserung der beruflichen Chancen und der Allgemeinbildung. Daneben muss die Vermittlung von gesellschaftlichen Werten und Zusammenhängen, von Kultur sowie die Stabilisierung des demokratischen Bewusstseins und die Abwehr rechtsextremer und antisemitischer bzw. fremdenfeindlicher Tendenzen verfolgt werden.

Außerdem setzen wir auf den weiteren Ausbau der Strategie zur Digitalisierung und bundesweiten Vernetzung der Kreisvolkshochschule.

Vereinsförderung für den sozialen Zusammenhalt

Die Vereine leisten wichtige Arbeit insbesondere für den sozialen Zusammenhalt, Integration und Inklusion in unserer Gesellschaft. Die Vereinsförderung durch die Bereitstellung von Kreissporthallen, durch Investitionszuschüsse, Bürgschaften und Vermittlung von Fördermitteln hat einen hohen Stellenwert.

Im Rahmen der Schulträgerschaft des Kreises muss die Zusammenarbeit mit außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen – vor allem aber mit den örtlichen Vereinen – weiter unterstützt werden. Insbesondere Kindern und Jugendlichen soll so die Freude an Sport, Gemeinschaft und Kultur vermittelt werden. Je früher, desto besser.

Der Landkreis unterstützt die Vereine, damit sie an Förderprogrammen teilnehmen können. Ein Schwerpunkt ist dabei die Förderung von Sportstätten. Bei Entscheidungen zur Vergabe von Fördergeldern beziehen wir neben sozialen und gesundheitlichen Entscheidungskriterien auch ökologische Aspekte ein. Wir stehen für nachhaltige Lösungen wie ökologische Materialien oder Maßnahmen zur Energieeffizienz und -gewinnung.

Gegen Extremismus, Gewalt, Rassismus – für Demokratie, Toleranz & Weltoffenheit

Die Grenzen jedweder kommunaler Förderungen müssen dort klar gesetzt werden, wo rechtsextreme, extremistische, friedensgefährdende, gewaltfördernde, homophobe, klima- und umweltschädliche sowie die religiösen Gefühle verletzende Elemente sichtbar werden. In diesen Fällen muss sich der Landkreis öffentlich distanzieren und durch Verbote von Angeboten oder Versagen einer Förderung eingreifen.

Die Bekämpfung rechtsextremer, antisemitischer, extremistischer, menschenverachtender und rassistischer Aktionen und Äußerungen auf der einen Seite und die Förderung demokratischen Bewusstseins der Bürger*innen auf der anderen Seite müssen eine zentrale politische Aufgabe des Landkreises sein. Hierbei ist eine enge Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Landkreis, u.a. mit „Bunt ohne Braun – Gegen Rechts e.V.“ zu verfolgen.

Die Fehler und Verbrechen der Deutschen in der Vergangenheit insbesondere während des Nationalsozialismus müssen im Bewusstsein aller Generationen bleiben, um Ähnliches auch nur ansatzweise in der Zukunft zu verhindern. In diesem Sinne wollen wir schulische Einrichtungen, Jugendorganisationen, Vereine und weitere Initiativen vor Ort unterstützen, wenn sie sich um unsere Erinnerungskultur kümmern und präventive Veranstaltungen organisieren.

DENKMALSCHUTZ UND BEWAHRUNG DES HISTORISCHEN ERBES

Der Denkmalschutz, durch den einzigartige und repräsentative Baudenkmäler erhalten werden sollen, sollte der Identitätsstiftung der Kreisbevölkerung dienen. Soweit ihm private Nutzungen der schützenswerten Objekte oder Umwelt- und Klimaziele entgegenstehen, muss durch intensive Beratung ein Ausgleich erzielt werden, der möglichst allen berechtigten Interessen gerecht wird.

Unsere Ziele:

- Die Bewahrung des historischen Erbes in Baudenkmälern wie auch archivischen Quellen durch ausreichendes Personal und gute Rahmenbedingungen sichern
- Renovierung- und Sanierungsmaßnahmen sowie Erhalt erfolgen mit dem Ziel der Klimaneutralität
- Unterstützung der Eigentümer durch Beratung zu möglichen Energiesparmaßnahmen
- Vom Kreisarchiv aus soll Wissen über historische Dokumente vermittelt werden, um demokratisches Bewusstsein zu stärken und Argumente gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus an die Hand geben zu können

Integraler Bestandteil grüner Kulturpolitik ist der Denkmalschutz des Landkreises, da durch ihn die Erinnerung an die baulichen Leistungen unserer Vorfahren im Bild der kommunalen Landschaft sichtbar wachgehalten und zur Identitätsstiftung der Kreisbevölkerung dienen können. Es geht dabei um Baudenkmäler und Bauensembles, die wegen ihrer Einzigartigkeit oder repräsentativen Bedeutung, aber auch als Beispiele für heute verschwundene Wohn- und Lebensformen, Schutz verdienen. Da damit häufig die Interessen der Nutzer*innen und ökologische Prinzipien kollidieren, muss der Landkreis durch eine intensive Beratungstätigkeit einen Interessenausgleich finden. Dies gilt vor allem für die Fälle, dass es einem Bauherrn z.B. darum geht, durch Fassadendämmung Heizkosten zu senken, eine Photovoltaikanlage zu installieren, das Gebäude wegen unwirtschaftlicher Nutzung abzureißen oder grundlegend zu verändern. Um dem Denkmalschutz Rechnung zu tragen, muss über die Beratung der Zugang zu Fördergeldern vermittelt werden, durch die der Erhalt unseres baukulturellen Erbes sichergestellt werden kann.

Auch durch die Vergabe des Denkmalschutzpreises des Landkreises können beispielhafte Projekte prämiert werden.

Denkmalschutz im weiteren Sinn umfasst auch die Bewahrung und Sicherung des schriftlichen wie auch elektronisch gespeicherten kulturellen Erbes. Zu diesem Zweck ist auf Initiative der GRÜNEN Fraktion ein Kreisarchiv als eine zentrale Aufbewahrungsstätte gegründet worden, das inzwischen unter fachkundiger Leitung eine gut funktionierende Verwaltungsstelle des Landkreises darstellt. Diese Stelle sollte weiter zu einer zentralen Beratungs- und Informationsstelle für die kreisangehörigen Kommunen ausgebaut werden, um das schriftliche und digitale Erbe aller Kommunen im Kreis zu sichern. Den Bürger*innen im Kreis müssen aus den historischen Akten und der digitalen Überlieferung vor allem auch Argumente gegen den Rechtsradikalismus und den Antisemitismus bereitgestellt werden. Mehr als bisher sollte das Kreisarchiv mit der Ausarbeitung von Ausstellungen und der Organisation von historischen Vorträgen beauftragt werden, um öffentlichkeitswirksam in die Kreisbevölkerung hineinwirken zu können.

SOZIALES: TEILHABE, BETEILIGUNG UND PRÄVENTION

Soziale Sicherheit, Teilhabe und Chancengerechtigkeit sind die Grundlage für ein gutes Leben und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Wir wollen, dass alle Menschen vor Ort gut abgesichert sind und die Unterstützung erhalten, die sie in unterschiedlichen Lebenslagen benötigen. Gleichzeitig wissen wir: Armut, Benachteiligung und soziale Ausgrenzung existieren auch in unserem Landkreis.

Für uns GRÜNE stehen Prävention, Beteiligung und Armutsbekämpfung im Zentrum einer modernen und inklusiven Daseinsfürsorge. Sozialpolitik bedeutet für uns, frühzeitig zu handeln, Teilhabe zu ermöglichen und gemeinsam mit freien Trägern, Kommunen und der Zivilgesellschaft tragfähige Lösungen zu entwickeln. Ziel ist ein Landkreis, der niemanden zurücklässt und in der sozialen Infrastruktur verlässlich, wirksam und zukunftsfest gestaltet wird.

Unsere Ziele:

■ Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut hat oberste Priorität.

Prävention früh ansetzen, Benachteiligungen abbauen und Chancen von Anfang an sichern.

■ Sozialpolitik gemeinsam gestalten.

Mit freien Trägern, lokalen Akteurinnen und Bürgerinnen auf Augenhöhe.

■ Es geht nur gemeinsam.

Die kommunale Familie zusammen mit EU, Bund und Land für eine verlässliche lokale Daseinsvorsorge.

■ Armutsbekämpfung und Prävention stärken.

Gemeinwesenarbeit, Integrationsarbeit und Schuldnerberatung weiter ausbauen.

■ Für eine soziale Wohnungspolitik.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen, Leerstände aktivieren, Wohnungslosigkeit verhindern und bekämpfen.

■ Jedem jungen Menschen eine Perspektive eröffnen.

Berufsausbildung sichern, außerbetriebliche Ausbildungswege fördern und Übergänge verbessern.

■ Für einen sozialen Arbeitsmarkt.

Arbeitsfähigkeit fördern, Teilhabe ermöglichen und kommunale Beschäftigungsstrategien weiterentwickeln.

■ Jugend stärken – Beteiligung ermöglichen – Schutz gewährleisten.

Kinder- und Jugendförderung als eigenständigen, präventiven Kern kommunaler Sozialpolitik sichern und weiterentwickeln.

■ Ehrenamt stärken und anerkennen.

Vereine, Initiativen und bürgerschaftliches Engagement als Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts unterstützen.

■ Digitale Chancen nutzen – Risiken ernst nehmen.

Medienkompetenz fördern, Prävention stärken und Missbrauch entschieden entgegentreten.

Lokale Sozialpolitik gemeinsam gestalten

Eine wirksame Sozialpolitik entsteht dort, wo Menschen leben. Deshalb gestalten wir die soziale Infrastruktur im Landkreis gemeinsam mit freien Trägern, Kommunen und der Zivilgesellschaft. Ziel ist eine sozialraumorientierte, inklusive und präventive Daseinsfürsorge, die die Lebensrealitäten der Menschen ernst nimmt und Teilhabe ermöglicht.

Der Landkreis übernimmt dabei eine koordinierende und steuernde Rolle. Mit der strategischen Sozialplanung schaffen wir eine verlässliche Grundlage, um soziale Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, Armut zu bekämpfen und soziale Ungleichheiten zu verringern.

Unsere Leitlinien für eine zukunftsähnige Sozialpolitik sind:

- Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Betroffenen, freien Trägern, Kommunen und Verwaltung
- Sozialraumorientierung und Prävention als handlungsleitende Prinzipien
- Vorrang freier Träger im Sinne des Subsidiaritätsprinzips
- Verlässliche Beteiligungsstrukturen vor Ort
- Transparenz und Wirkungsorientierung sozialer Maßnahmen

Altersspezifische Angebote und Hilfen: Kinder- und Familienarmut wirksam bekämpfen

Kinder- und Familienarmut ist auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg Realität. Frühzeitige Prävention, gute Bildung und verlässliche Unterstützung für Familien sind der wirksamste Weg, Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Deshalb setzen wir GRÜNE auf:

■ Starke fröhkindliche Bildung und Betreuung:

Kinderbetreuungsangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln und unterstützen – in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und im Pakt für den Ganztag.

■ Frühe und niedrigschwellige Unterstützung für Familien:

Beratungsangebote gemeinsam mit freien Trägern ausbauen und dauerhaft in den Sozialräumen verankern.

■ Ganzheitliche Förderung von Kindern und Jugendlichen:

Angebote stärken, die Selbstvertrauen, soziale Kompetenzen und Medienkompetenz fördern und Kinder altersgerecht schützen.

■ Familien gezielt begleiten:

Familienzentren, Frühe Hilfen und Familienhebammen im Jugendamt weiter stärken.

■ Prävention absichern:

Kürzungen freiwilliger Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendprävention lehnen wir ab.

Angebote für Kinder und Jugendliche wollen wir gemeinsam mit den Kommunen besser vernetzen, um passgenaue und durchgängige Hilfen entlang der jeweiligen Entwicklungsphasen zu ermöglichen.

Armutsbekämpfung & Prävention: Schuldnerberatung, Gemeinwesen- und Integrationsarbeit stärken

Armut hat viele Ursachen und wirkt sich in unterschiedlichen Lebenslagen aus. Wir setzen auf frühzeitige Prävention, verlässliche Unterstützung und eine sozialraumorientierte Armutsbekämpfung, die Menschen stärkt und Teilhabe ermöglicht.

Unsere Schwerpunkte:

- **Schuldnerberatung** dauerhaft stärken, um Überschuldung wirksam zu verhindern und Menschen Wege in ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.
- **Wohnungslosigkeit** vorbeugen und bekämpfen, durch die dauerhafte Sicherung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle und wirksame Maßnahmen zur Wohnungssicherung.
- **Gemeinwesenarbeit** in den Kreiskommunen ausbauen, um soziale Netzwerke vor Ort zu stärken und Armut frühzeitig zu begegnen.
- **Suchthilfe** weiterentwickeln, bedarfsgerecht, präventiv und angepasst an neue Herausforderungen.
- **Freiwilliges Engagement** unterstützen, durch Qualifizierung, Koordination und die Stärkung lokaler Bündnisse.
- **Frühe Sprachförderung, Beratung und niedrigschwellige Hilfen für Familien** bündeln, durch starke Kindertagesstätten und den flächendeckenden Ausbau von Familienzentren als wohnortnahe Anlaufstellen.

Soziale Wohnungspolitik: Bezahlbaren Wohnraum sichern & Wohnungsnot vorbeugen

Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale soziale Frage – auch und gerade im Landkreis Darmstadt-Dieburg als Teil des Ballungsraums Rhein-Main/Rhein-Neckar. Wohnungsnot betrifft längst nicht mehr nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern zunehmend auch Familien, Alleinerziehende und Menschen mit mittlerem Einkommen. Der Landkreis kann Wohnungsbau nicht selbst ersetzen, aber er kann koordinieren, unterstützen und soziale Standards setzen.

Wir setzen uns ein für:

- **Ein kreisweites Bündnis für bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum**, gemeinsam mit Kommunen, Wohnungswirtschaft, Wohnungsgenossenschaften, sozialen Trägern und Zivilgesellschaft, um Strategien, Handlungsoptionen und gute Praxis für den Landkreis zu bündeln.

- **Soziale Leitplanken bei kommunaler Wohnraumentwicklung** stärken, insbesondere durch
 - verbindliche Mindestanteile preisgebundener Mietwohnungen,
 - soziale Durchmischung neuer Quartiere,
 - Förderung von Geschosswohnungsbau, Nachverdichtung und Innenentwicklung,
 - inklusive Quartierskonzepte (z.B. für Familien, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, neue Wohnformen).
- **Wohnungsgenossenschaften** gezielt stärken, da sie dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sichern. Der Landkreis soll neue genossenschaftliche Projekte mit Sozialwohnungsanteil unterstützen, etwa durch Bürgschaften oder koordinierende Hilfestellung.
- **Wohnungsleerstände** aktivieren, insbesondere für Haushalte im unteren Einkommensdrittel und für Menschen mit Transferleistungsbezug, um schneller verfügbaren Wohnraum nutzbar zu machen.

Für einen Sozialen Arbeitsmarkt, mehr Beteiligung & Vernetzung

Ausbildung sichern – Übergänge stärken – Perspektiven eröffnen. Eine eigenständige und menschenwürdige Existenzsicherung ist Kern einer solidarischen Sozialpolitik. Arbeit und Ausbildung sind dabei zentrale Schlüssel für Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und Armutsprävention. Gerade fehlende oder abgebrochene Berufsausbildungen stellen ein hohes langfristiges Armutsrisiko dar.

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg gelingt es trotz erheblicher Anstrengungen nicht allen jungen Menschen, den Übergang von Schule in Ausbildung aus eigener Kraft zu bewältigen. Häufig sind individuelle Vermittlungshemmnisse, fehlende Unterstützungsmodelle, Sprachbarrieren oder nicht anerkannte Bildungsabschlüsse ausschlaggebend. Unser Ziel ist es daher, Übergänge wirksam zu gestalten und frühzeitig Perspektiven zu eröffnen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass jeder junge Mensch eine reale Chance auf eine vollwertige Berufsausbildung erhält. Geförderte, vollqualifizierende Berufsausbildungen verstehen wir als notwendige subsidiäre Ergänzung zum dualen Ausbildungssystem – insbesondere für junge Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf oder Flucht- und Migrationserfahrung.

Der Landkreis verfügt mit der Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) über ein kommunal gesteuertes Jobcenter, das wir gezielt weiterentwickeln wollen. Positiv bewerten wir die inzwischen stärker systemische und ganzheitliche Arbeitsweise, bei der Ressourcen gebündelt und Zuständigkeiten enger verzahnt wurden. Diese integrierte Herangehensweise wollen wir weiter stärken.

Dazu gehören insbesondere:

- eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Jugendberufshilfe und KfB,
- die Weiterentwicklung einer kommunalen Präventions- und Interventionskette, die junge Menschen und ihre familiären Lebenslagen frühzeitig in den Blick nimmt,
- eine vertiefte Berufsorientierung, Sprachförderung und individuelle Begleitung als feste Bestandteile der Übergangsgestaltung,
- sowie passgenaue Unterstützungsangebote für junge Menschen mit Behinderungen, mit Migrations- oder Fluchterfahrung.

Darüber hinaus wollen wir den sozialen Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Für Menschen, die aufgrund mehrfacher Vermittlungshemmnisse dauerhaft keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden, brauchen wir verlässliche, öffentlich geförderte Beschäftigungsperspektiven. Ziel ist es, Arbeitsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen, soziale Teilhabe zu sichern und neue Chancen zu eröffnen.

Eine wirksame kommunale Armutsprävention erfordert dabei eine strukturierte Vernetzung aller relevanten Akteur*innen: KfB, Agentur für Arbeit, Jugendhilfe, freie Träger, Gewerkschaften, soziale Einrichtungen und Arbeitgeberinnen. Diese Zusammenarbeit wollen wir strategisch stärken, damit Unterstützungsangebote nicht nebeneinander herlaufen, sondern ineinander greifen.

Unser Anspruch ist ein sozialer Arbeitsmarkt, der präventiv wirkt, Teilhabe ermöglicht und Menschen stärkt – von der Ausbildung bis zur nachhaltigen Integration in Arbeit und Gesellschaft.

Jugend stärken – Beteiligung ermöglichen – Schutz gewährleisten

Jugendarbeit ist ein eigenständiger Bildungs-, Beteiligungs- und Schutzraum für junge Menschen. Sie eröffnet Freiräume jenseits von Schule und Familie, ermöglicht Selbstwirksamkeit, soziale Teilhabe und demokratisches Lernen. Eine vielfältige und gut ausgestattete Jugendarbeit ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen kommunalen Infrastruktur.

Wir GRÜNE setzen uns für eine starke, vielfältige und verlässliche Jugendarbeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein – unabhängig davon, ob sie kommunal, verbandlich, ehrenamtlich, frei oder kirchlich getragen wird. Jugendarbeit ist keine freiwillige Randaufgabe, sondern eine Investition in Demokratie, Zusammenhalt, Prävention und Zukunftsfähigkeit.

Unsere Ziele:

■ Jugendbeteiligung systematisch stärken

Jugendbeteiligung muss über Einzelprojekte hinausgehen. Der Landkreis soll stärker initiativ werden und gemeinsam mit Kommunen, Trägern und dem Jugendbildungswerk verlässliche Strukturen der Jugendbeteiligung entwickeln. Ziel ist es, jungen Menschen echte Mitgestaltung zu ermöglichen – niedrigschwellig, altersgerecht und wirksam. Jugendbeteiligung soll als Querschnittsaufgabe in kreispolitischen Entscheidungsprozessen mitgedacht werden. Jugendbeteiligung soll nicht auf jugendspezifische Themen begrenzt bleiben, sondern auch bei kreisweit relevanten Planungs-, Mobilitäts- und Infrastrukturfragen frühzeitig und verbindlich berücksichtigt werden.

■ Jugendarbeit in allen Kommunen absichern

Der Landkreis hat die Jugendförderung an die Kommunen delegiert. Gleichzeitig bestehen weiterhin große Unterschiede in der Ausstattung und Verfügbarkeit von Angeboten. Wir wollen, dass alle jungen Menschen im Landkreis Zugang zu Angeboten der Jugendarbeit haben – unabhängig vom Wohnort. Der Landkreis soll Kommunen ohne eigene Jugendförderung gezielt unterstützen, beraten und beim Aufbau tragfähiger Strukturen begleiten.

■ Vielfalt der Jugendarbeit erhalten und weiterentwickeln

Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendbegegnungen sowie außerschulische Bildungsangebote sollen weiterhin gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern, Jugendlichen und Familien, die sich solche Angebote ohne Unterstützung nicht leisten können. Jugendarbeit braucht Freiräume für Soziokultur, Kreativität, informelles Lernen und jugendkulturelle Ausdrucksformen.

■ Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

Psychische Belastungen, Einsamkeit, Leistungsdruck und Zukunftsängste nehmen bei jungen Menschen zu. Wir wollen Angebote der Jugendarbeit, der Jugendhilfe und der Prävention stärker miteinander verzahnen, um frühe Unterstützung zu ermöglichen. Niedrigschwellige, wohnortnahe Angebote zur Stärkung der mentalen Gesundheit sollen ausgebaut und besser zugänglich gemacht werden.

■ Kinder- und Jugendschutz konsequent weiterentwickeln

Kinder- und Jugendschutz ist integraler Bestandteil der Jugendarbeit. Prävention, Früherkennung und Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und sexualisierter Gewalt müssen weiter gestärkt werden. Dazu gehören Schutzkonzepte in Einrichtungen, die Qualifizierung von Fachkräften sowie eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Akteur*innen.

■ **Digitale Lebenswelten, Künstliche Intelligenz und Demokratie stärken**

Digitale Medien und Künstliche Intelligenz prägen den Alltag junger Menschen zunehmend. Jugendarbeit muss junge Menschen dabei begleiten, digitale Kompetenzen zu entwickeln, Risiken zu erkennen und Chancen selbstbestimmt zu nutzen. Medienbildung, Datenschutz, ein kritischer Umgang mit sozialen Netzwerken und Künstlicher Intelligenz sowie der Schutz vor digitaler Gewalt, Desinformation und rechtsextremen sowie demokratiefeindlichen Inhalten sollen stärker in der Jugendarbeit verankert werden. Ziel ist es, junge Menschen in ihrer demokratischen Haltung zu stärken und sie wirksam gegen Radikalisierung zu befähigen.

■ **Jugendarbeit als gleichwertiger Teil der Bildungslandschaft**

Jugendarbeit ist ein eigenständiger Lernort und gleichwertiger Partner in der regionalen Bildungslandschaft. Im Rahmen von Ganztagsangeboten wollen wir ihre Beteiligung stärken, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben. Jugendarbeit muss auf Augenhöhe agieren können – mit Zeit, Ressourcen und Gestaltungsspielräumen.

AUF DEM WEG ZUM INKLUSIVEN LANDKREIS

Der Kreis ist verpflichtet die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und Inklusion als eine Querschnittsaufgabe zu betrachten. Ziel ist es, allen Formen der Diskriminierung entgegenzuwirken. Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Der Aktionsplan ist unsere Richtschnur, um laufende Prozesse zur Verbesserung der Inklusion fortzusetzen und neue in Gang zu setzen. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen ein eigenes Gremium erhalten und verstärkt in Gremien eingebunden werden, um ihre Interessen besser vertreten zu können. Wichtige Informationen müssen in leichter Sprache besser zugänglich gemacht werden. Ebenso wie alle anderen baulichen, bürokratischen und organisatorischen Hürden für Menschen mit Handicaps abgebaut werden müssen.

Unsere Ziele:

- Inklusion muss als Querschnittsaufgabe betrachtet werden und alle Bereiche durchdringen
- Umsetzung des „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Ausgrenzung überwinden – Teilhabe gestalten“
- Sensibilisierung für die Belange von Behinderten in Verwaltung und Öffentlichkeit

- Beteiligungsgremium von Menschen mit Behinderungen einrichten
- Wichtige Informationen in leichter Sprache, mit Piktogrammen oder Erklärvideos herausgeben
- Regelmäßige und breitenwirksame Berichterstattung über die Verwirklichung der Inklusion

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe

Der Landkreis muss seine Möglichkeiten zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen kurz- und langfristig ausschöpfen. Dabei müssen alle Ämter in die Pflicht genommen werden. Parallel dazu wollen wir, dass das Büro für Migration und Inklusion mit dem Behindertenbeauftragten eine koordinierende, begleitende und beratende Rolle bei der Verwirklichung der Inklusion einnimmt und dem Kreistag und der Öffentlichkeit regelmäßig berichtet wird.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Barrierefreiheit für die verschiedenen Formen von Behinderungen in allen Bereichen der Kreisverwaltung, der Kreiskliniken, des ÖPNV und der Schulen hergestellt wird. Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Gremienmitglieder sollen mittels Fortbildungen und Veranstaltungen verstärkt für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden. Die wichtigsten Informationsbroschüren und Formulare der Verwaltung sollen auch in leichter Sprache veröffentlicht werden.

Inklusion beinhaltet die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft

Auch wenn der Begriff der Inklusion insbesondere zur Umsetzung der Ziele der UN-BRK verwendet wird, beinhaltet Inklusion darüber hinaus die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft, und zwar unabhängig von einer eventuellen Einschränkung. Deshalb soll unser politisches Handeln im Landkreis allen Formen der Diskriminierung und der Benachteiligung entgegenwirken. Unser Augenmerk soll besonders denjenigen Menschen und Gruppen gelten, die der Tendenz nach leichter von Ausgrenzung aus der Gesellschaft bedroht sind. Das sind neben den Menschen mit Handicap Migrant*innen, von Armut bedrohte, alte Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder mit sexuellen Orientierungen, die

nicht der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Das Antidiskriminierungsgesetz muss auch auf der Ebene des Landkreises konsequent umgesetzt werden.

Lange Zeit wurde Behindertenarbeit und -politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg betrieben. Doch am besten wissen die Menschen mit Beeinträchtigung oder andere von Ausgrenzung Betroffene selbst, was sie brauchen. Ein selbstbestimmtes und

selbständiges Leben soll auch für sie eine Selbstverständlichkeit sein. Dieser Bewusstseinswandel muss sich in unserem Landkreis im behördlichen und politischen Handeln durchsetzen. Darüber hinaus muss der Kreis über Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Veranstaltungen, ein breites Bewusstsein für die Erfordernisse der Inklusion stärken.

Menschen mit Beeinträchtigungen gehören mitten in die Gesellschaft

Der Prozess der Dezentralisierung von Einrichtungen für behinderte Menschen – also große anstaltsartige Einrichtungen in kleine dezentrale Wohneinheiten zu teilen – muss fortgesetzt werden, um das Miteinander im Gemeinwesen zu verbessern: Verschieden zu sein ist normal und muss auch so gelebt werden können. Um selbstbestimmtes Leben zu erleichtern, wollen wir die Einflussmöglichkeiten des Kreises zum vermehrten Bau von barrierefreien und/oder geförderten Wohnungen nutzen. Die Teilhabeleistungen, die der Landeswohlfahrtsverband finanziert und von freien Trägern zum Beispiel in Form von Betreutem Wohnen erbracht werden, fördern selbstbestimmtes Leben und Einbeziehung in die Gesellschaft. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Leistungen erhalten bleiben und nicht Sparzwängen zum Opfer fallen.

Auch ältere und pflegebedürftige Menschen – insbesondere Menschen mit Demenz – dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Einrichtungen und Fachstellen für Senioren sollen nach offenen Konzepten arbeiten, die generationenübergreifende Begegnungen ermöglichen. Sie sollen Beratung des Landkreises und Unterstützung beim Ausbau von Netzwerken erhalten.

Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen mehr in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um ihre Interessen vertreten zu können. Das kann ein eigens zu installierendes Beteiligungsgremium von Menschen mit Behinderungen sein, das zu den politischen Entscheidungsprozessen gehört werden muss. Ebenso können es zusätzliche Sitze für Menschen mit Beeinträchtigungen in bereits bestehenden Gremien sein. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen der Kreisverwaltung sollen Dolmetscher für Gebärdensprache oder Schriftsprachendolmetscher zur Verfügung gestellt werden, wenn dies beantragt wird.

FRAUENPOLITIK & GLEICHSTELLUNG: ROLLE VORWÄRTS, STATT RÜCKWÄRTS

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern ihre Lebensentwürfe verwirklichen können. Wir wollen die Gleichstellung in allen Lebensbereichen, rechtlich, kulturell und ökonomisch. Dass dies leider noch lange nicht erreicht ist, dass traditionelle Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft noch fest verankert sind, zeigt sich unter anderem im Erstarken der rechten Gruppierungen. Und die Hauptsorgearbeit fällt immer noch den Frauen zu.

Daher bleiben unsere Ziele:

- Gender Mainstreaming wird als Querschnittsthema in allen Bereichen der Kreisverwaltung umgesetzt.
- Maßnahmen, die eine eigenständige Existenzgründung von Frauen zum Ziel haben werden abgesichert und fortgeführt.
- Projekte und Initiativen zum Gewaltschutz werden abgesichert und mit dem Blick auf kultursensiblen Gewaltschutz ausgebaut (Istanbul-Konvention umsetzen) ebenso mit dem Blick auf Cyber-Gewalt.
- Der Frauenanteil in allen Gremien des Kreistages wird durch geeignete Maßnahmen auf mindestens 50% erhöht (Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes).
- Geschlechtsneutrale Sprache wird in allen Bereichen der Verwaltung und Politik beachtet: „Niemand will nur mitgemeint sein“.
- Im Frauenförderplan werden bedarfsgerechte, flexible Arbeitszeitmodelle in der Verwaltung umgesetzt, die Lebenssituation von Alleinerziehenden wird besonders berücksichtigt.
- Bildungsangebote für Mädchen und Jungen zur Geschlechterrolle werden durch Angebote professioneller Sexualkunde in Schulen unterstützt.

Frauenförderung und Gender Mainstreaming – sich ergänzende Wege

Viele Entscheidungen in politischen und verwaltungsinternen Zusammenhängen erscheinen auf den ersten Blick ohne unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Bei genauerem Hinsehen finden sich jedoch Benachteiligungen auf struktureller Ebene.

Gender Mainstreaming muss auch weiterhin als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Politik und Verwaltung verankert sein.

Das Team des Fachbereichs Chancengleichheit mit interner und externer Frauenbeauftragten ist wesentlicher Motor zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung und informiert in politischen Gremien.

Die Frauenkommission des Landkreises

Die Frauenkommission des Landkreises wird als beratendes und empfehlendes Gremium für den Kreisausschuss für frauenpolitische Themen gestärkt. Die Initiativen der Kommission als Schnittstelle zwischen Sachkundigen Bürger*innen, freien Trägern und Politik zu thematischen Schwerpunkten fließen in die Entscheidungen des Kreisausschusses ein. Die Kommission hat ein Antragsrecht.

Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf

Der Ausstieg von Frauen aus dem Berufsleben wegen der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Familienangehörigen führt zu einer abhängigen Einkommenssituation. Durch Teilzeitarbeit und Minijobs wird die eigenständige Existenzsicherung verhindert. Das Armutsrisko steigt. Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern Elternzeit mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und ohne Einbußen von beruflicher Anerkennung und ohne Karriereeinbrüche ermöglichen, sind für uns wichtig. Hierzu gehört auch die Teilbarkeit von Führungspositionen. Der Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuung mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten muss vorangetrieben werden. Gleichzeitig müssen Männer verstärkt ermutigt werden, echte Elternzeit in Anspruch zu nehmen, soziale und familiäre Verantwortung zu übernehmen.

Die erfolgreichen Angebote zur Qualifizierung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Frauen, die längere Zeit aus ihrem Beruf ausgeschieden sind, werden weiter unterstützt.

DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass mehr Frauen der Weg in Führungspositionen ermöglicht wird. Maßnahmen im Frauenförderplan der Kreisverwaltung und der Eigenbetriebe sind besonders darauf auszurichten. Initiativen zur eigenständigen Existenzgründung von Frauen werden als Bestandteil der Wirtschaftsförderung betrachtet und unterstützt.

Finanzielle Sicherheit

Im Landkreis werden Netzwerke und Projekte zu Prävention und Schutz vor jeglicher Gewalt, genauso wie Bildungseinrichtungen zur Beratung und Qualifizierung für Wie-

der- und Quereinsteigerinnen durch Fraueninitiativen getragen. Auch psychosoziale Beratung sowie Beratung bei Trennung und Scheidung wird von diesen Initiativen geleistet. Wir wollen sie weiterhin über Leistungsverträge absichern, wollen diese aber längerfristiger vereinbaren. Eine jährliche Dynamisierung der Mittel wird fortgesetzt. Damit sollen die zahlreichen Eigeninitiativen mehr Stärkung und Anerkennung bekommen, Professionalität und Kontinuität sollen gesichert werden. Dies darf auch in Zeiten knapper Kassen nicht zur Disposition stehen.

Gewaltschutz

Gewalt gegen Frauen hat leider wieder zugenommen. Dem wollen wir entschieden entgegentreten, indem wir die Prävention kultursensibel ausbauen. Potenzielle Opfer und Täter sollen dabei angesprochen sowie Cyber-Gewalt verstärkt in den Blick genommen werden. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention wollen wir voranbringen.

Wir sind für das große Engagement zahlreicher ehren- und hauptamtlicher Frauen dankbar, die den Bau und Betrieb eines zweiten Frauenschutzhäuses mit barrierefreien Zimmern im Landkreis in den letzten Jahren ermöglicht haben. Die finanzielle Absicherung der beiden Frauenschutzhäuser mit all ihren Angeboten für betroffene Frauen und Kinder liegt uns sehr am Herzen.

LSBTIQ+ in einem vielfältigen und weltoffenen Landkreis

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg spiegelt sich die gesellschaftliche Vielfalt wider. Wir GRÜNE stehen für einen Landkreis, in dem lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTIQ+) selbstverständlich dazugehören und sicher leben können. Angesichts zunehmender queerfeindlicher Anfeindungen und Hasskriminalität ist es Aufgabe der Kommunen, Schutz, Prävention und Unterstützung verlässlich zu organisieren.

Gleichzeitig fehlen vielerorts passgenaue Angebote oder sie sind nicht ausreichend bekannt. Wir wollen deshalb verlässliche kommunale Ansprechpartner*innen schaffen – insbesondere für queere Jugendliche – und Informationen zu Beratungs-, Unterstützungs- und Freizeitangeboten besser zugänglich machen. Dabei arbeiten wir eng mit den regionalen Netzwerkstellen des Landes Hessen sowie mit Initiativen und Fachstellen vor Ort zusammen.

Unsere Ziele:

■ Queere Strukturen stärken:

Selbstorganisationen, Initiativen und Vereine queerer Lebensvielfalt sind wichtige Partner*innen für einen offenen Landkreis. Wir wollen sie gezielt unterstützen und gemeinsam ein Beratungskonzept „Queeres Leben“ entwickeln, das vorhandene Angebote sichtbar macht und bestehende Bedarfe aufzeigt.

■ Koordinierungsstelle für queeres Leben:

Mit einer zentralen Anlaufstelle in der Kreisverwaltung schaffen wir eine verlässliche, sensibilisierte Struktur. Sie vernetzt Initiativen, fördert Akzeptanz und Vielfalt, stärkt die Diversity-Kompetenz der Verwaltung und unterstützt Schulen bei queerer Aufklärungsarbeit und Präventionsangeboten (z. B. SCHLAU).

■ Vielfältige Familien anerkennen:

In der Jugendhilfe und Familienpolitik berücksichtigen wir konsequent unterschiedliche Familienformen – darunter Patchwork- und Regenbogenfamilien.

■ Queere Geflüchtete schützen:

Queere Geflüchtete sind häufig mehrfach diskriminiert und in Gemeinschaftsunterkünften besonders gefährdet. Peer-to-Peer-Angebote und professionelle Beratung sollen ihre besondere Situation berücksichtigen und Schutz bieten.

■ Diskriminierungsfreie Infrastruktur:

Bei Neubauten und Sanierungen öffentlicher Gebäude setzen wir uns für geschlechtsneutrale Toiletten ein. In Schulen und Sporthallen wollen wir verstärkt Einzel- statt Sammelumkleiden ermöglichen – für mehr Sicherheit und Akzeptanz für alle.

■ Queerfreundlich älter werden:

Queere Menschen sind im Alter oft stärker auf professionelle Unterstützung angewiesen. Wir setzen uns für diskriminierungsfreie Angebote in Pflege und Altenhilfe ein, fördern Schulungen für Fachkräfte und entwickeln gemeinsam mit Seniorenbereit und Pflegekonferenzen passgenaue Maßnahmen.

■ Haltung zeigen und sichtbar unterstützen:

Der Landkreis soll sichtbar für Akzeptanz und Vielfalt eintreten, etwa durch eine klare Positionierung gegen Diskriminierung und sichtbare Zeichen der Solidarität an öffentlichen Gebäuden, beispielsweise im Rahmen des Pride Month. Prävention, Sensibilisierung und Unterstützung Betroffener sind für uns zentrale kommunale Aufgaben.

Flucht, Migration, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist geprägt von Vielfalt. Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten, Herkunftsländern, Religionen und Identitäten leben hier zusammen. Wir GRÜNE stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Diskriminierung und Rassismus keinen Platz haben und in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Pass gleichberechtigt teilhaben können.

Flucht, Migration und Integration sind dauerhafte gesellschaftliche Realitäten. Menschen kommen aus unterschiedlichen Gründen in unseren Landkreis – auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung, aus familiären, beruflichen oder europäischen Freizügigkeitsgründen. Sie bereichern unsere Gesellschaft, stellen Verwaltung, Kommunen und Zivilgesellschaft zugleich aber auch vor Herausforderungen. Diese wollen wir aktiv, menschlich und strukturiert gestalten.

Unsere Ziele:

■ Integration gemeinsam weiterentwickeln

Bewährte Integrationskonzepte sollen unter Einbeziehung von Migrant*innen-Selbstorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Ehrenamtlichen und weiteren Akteur*innen der Zivilgesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt werden. Integration soll dabei stärker strategisch ausgerichtet, regelmäßig ausgewertet und mit klaren Zielen fortgeschrieben werden. Integration gelingt nur im Dialog auf Augenhöhe, mit verlässlichen Strukturen und transparenter politischer Begleitung.

■ Politische Teilhabe stärken

Politische Beteiligung ist ein zentraler Schlüssel gelingender Integration. Die Weiterentwicklung des Kreisausländerbeirats hin zu einem Integrationsbeirat, in den auch kommunale Integrationskommissionen eingebunden werden, begleiten wir aktiv und konstruktiv. Ergänzend wollen wir projektbezogene und niedrigschwellige Beteiligungsformate stärken, um die Mitwirkung von Menschen mit Migrationsgeschichte weiter auszubauen.

■ Kommunen und Ehrenamt unterstützen

Die enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kommunen, freien Trägern und Ehrenamtlichen hat sich bewährt. Diese Netzwerke wollen wir weiter stärken. Die Kommunen sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie die Soziale Betreuung Geflüchteter vor Ort organisieren oder durch den Landkreis organisieren lassen – bei verlässlicher finanzieller Ausstattung. Neben Betreuungsschlüsseln sollen qualitati-

ve Standards der Sozialen Betreuung weiterentwickelt werden. Kürzungen in diesem Bereich sehen wir kritisch, da sie Integration erschweren.

■ **Anerkennungskultur fortführen**

Das Engagement der vielen Ehrenamtlichen im Bereich Asyl und Migration ist unverzichtbar. Wir setzen uns für eine dauerhafte Kultur der Anerkennung und Wertschätzung ein, etwa durch Veranstaltungen, Unterstützung vor Ort und gezielte Fördermöglichkeiten.

■ **Sprache und Verständigung ermöglichen**

Sprachförderung ist zentral für Integration. Es braucht ausreichend bedarfsgerechte Sprachkurse – auch mit besonderem Blick auf die Bedürfnisse von Frauen. Sprach- und Integrationsmittlung ist ein wichtiger Bestandteil gleichberechtigter Teilhabe, etwa bei Arztbesuchen, Elterngesprächen in Kitas und Schulen oder im schulischen Kontext. Entsprechende Angebote wollen wir sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

■ **Berufliche Integration und Fachkräfte sicherung stärken**

Berufliche Integration ist ein Gewinn für alle. Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kommunen, Wirtschaft und Arbeitsmarktakteur*innen ein, um Qualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und den Einstieg in Ausbildung und Arbeit zu erleichtern. Der Landkreis soll seine koordinierende Rolle in diesem Bereich weiter ausbauen.

■ **Lebenslagen ganzheitlich berücksichtigen**

Die spezifischen Bedarfe von Migrant*innen müssen in allen Lebensphasen mitgedacht werden: in Kitas, Schulen, bei Familienangeboten, im Erwerbsleben sowie beim selbstbestimmten Leben im Alter oder in Pflegeeinrichtungen – für Menschen aller Geschlechter, Kinder, Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen.

■ **Unterbringung fair und menschenwürdig gestalten**

Große Gemeinschaftsunterkünfte sollen so weit wie möglich vermieden werden. Wo Menschen längere Zeit dort wohnen müssen, obwohl sie eigenes Einkommen erzielen, sollen angemessene und sozialverträgliche Nutzungsentgelte erhoben werden. Ziel ist eine Unterbringungspolitik, die Integration fördert und Übergänge in eigenständiges Wohnen unterstützt.

■ **Interkulturelle Kompetenz und Vielfalt in der Verwaltung stärken**

Interkulturelle Kompetenz soll insbesondere in der Verwaltung und in kreisnahen Bereichen weiter ausgebaut werden. Die personelle Vielfalt der Kreisverwaltung soll die gesellschaftliche Realität besser widerspiegeln.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Senior*innenpolitik zwischen Selbstbestimmung und Pflege. Die Einwohner*innenzahl des Landkreises steigt kontinuierlich. Dabei ist die Altersstruktur auch bei uns vom demografischen Wandel gekennzeichnet. Darauf klug zu reagieren und für alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen, ist Ziel GRÜNER Politik. Der demografische Wandel – längere Lebenserwartung und geringere Geburtenrate – betrifft viele Lebensbereiche.

Häufig bestimmen zunehmende Altersarmut oder gesundheitliche Einschnitte die Lebensverhältnisse. Andererseits führen viele Menschen bis ins hohe Alter ein aktives Leben. Ein Miteinander der Generationen und neue Wohn- und Unterstützungsformen sollen ein selbständiges Leben im Alter weitgehend ermöglichen.

Unsere Ziele:

- Ausbau der psychosozialen Beratung und therapeutischen Begleitung der pflegenden Angehörigen, insbesondere bei Demenzkranken
- Mobiles Beratungsangebot der Pflegestützpunkte ausbauen
- Unterstützung von Ehrenamtlichen, Initiativen und Ausbau von Netzwerken, die sich um die Versorgung und Betreuung von älteren Menschen kümmern
- Anpassung und barrierefreie Gestaltung der Infrastruktur, damit sie auch für ältere Menschen möglichst lange selbständig nutzbar ist
- Unterstützung wohnortnaher Palliativteams und Hospizvereine
- Unterstützung von Projekten, die die Entwicklung neuer Lebensformen für aktive und unterstützungsbedürftige, alte Menschen und generationsübergreifende Modelle zum Ziel haben

In der Altenhilfe und der Altenpflege gelten nicht nur für die GRÜNEN die Grundsätze: „Integration ins Gemeinwesen vor Ort“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Ambulant vor stationär“.

Pflegende Angehörige und Pflegebedürftige haben großen Bedarf an und ein Anrecht auf Beratung. Die Pflegestützpunkte leisten hier gute und wichtige Arbeit. Wir sind froh, dass neben dem Pflegestützpunkt in Dieburg auch für die Menschen im Westkreis in Pfungstadt ein weiterer Pflegestützpunkt eingerichtet wurde. Und im Rahmen der strategischen Sozialplanung bietet er Beratung an anderen Orten an.

Zusätzlich ist es notwendig, dass der Landkreis die Begleitung von Menschen mit Demenz stärker unterstützt, z.B. durch Schulungen für Angehörige, Haupt- und Ehrenamtliche, durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie durch Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im gesamten Kreisgebiet. Das Ziel ist eine „Demenzfreundliche Gesellschaft“.

Altersarmut ist ein gravierendes Problem für die betroffenen Menschen. Altersarmut ist oft mit Vereinsamung, schlechter Wohnsituation, mangelhafter medizinischer Versorgung, Beschränkung bei Ernährung, Kleidung und Mobilität verbunden. Wir wollen uns dafür einsetzen, Betroffene mit Hilfsangeboten und Beratung zu unterstützen.

Damit auch ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, brauchen wir Mobilitätskonzepte in Stadt und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen, sowie eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur, eine Grundsicherung im Alter, bezahlbaren Wohnraum. Dies muss in den politischen Entscheidungen als Querschnittsaufgabe mitgedacht und umgesetzt werden.

Gemeindepflege

Unser Gesundheitssystem ist in viele Leistungsbereiche und Angebote unterteilt. Hier kann man schnell den Überblick verlieren und Hilfeleistungen kommen nicht bei denen an, die sie benötigen. Damit die benötigten Leistungen und Angebote auch von den Menschen wahrgenommen werden, wurde von der Landesregierung das Pilotprojekt Gemeindepflege ins Leben gerufen.

Die Aufgabe der Gemeindepfleger*innen ist es den Hilfebedarf von Personen zu erkennen und passende Hilfsangebote des Landkreises zu vermitteln. Die Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe dient dazu, eine selbständige und selbstbestimmte Lebensführung im vertrauten Umfeld zu erhalten, den Eintritt von Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu vermeiden und die Zusammenarbeit bestehender Strukturen zu verbessern. Der Gemeindepfleger*in steht für ihre Aufgabe ein großes Netzwerk aus verschiedenen Stellen, wie z.B. Pflegestützpunkte, Pflegediensten, Hausnotrufen etc. zur Verfügung.

Das Projekt wurde an das MVZ der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg als Zentrale Einrichtung für Gesundheitsleistungen angebunden. Im Westkreis gibt es außerdem zwei Gemeindepfleger*innen für die Kommunen Seeheim-Jugenheim, Pfungstadt und Weiterstadt. Die Finanzierung des Projektes erfolgt zu 80% durch das Bundesland Hessen.

Wir sehen darin eine große Chance, die Bedarfe von Hilfebedürftigen zu erfüllen, die medizinische Versorgung zu verbessern und ältere Menschen besser zu emanzipieren. Nach dem erfolgreichen Start des Pilotprojekts Gemeindepflege möchten wir das aktuelle Projekt Gemeindepflege für eine bessere Versorgung unseres Landkreises weiter vorantreiben und flächendeckend einführen. Beim Land Hessen wollen wir uns für eine Verfestigung einsetzen. Außerdem wollen wir das Bündnis Pflege vom Landkreis und der Stadt Darmstadt unterstützen, das sich neben der Gemeindepflege um viele weitere Themen kümmert, die die Lebensqualität von hilfsbedürftigen Menschen verbessert.

GESUNDHEIT, MEDIZINISCHE VERSORGUNG UND PRÄVENTION

Gute Gesundheitsversorgung mit wohnortnahmen Angeboten aller stationären und ambulanten Leistungen ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die Kreiskliniken an den Standorten Groß-Umstadt und Seeheim-Jugenheim gilt es daher mit ihrem vielfältigen Angebot zu erhalten, den aktuellen Entwicklungen und Bedarfen im Gesundheitswesen anzupassen und die Finanzierung zu sichern.

Während der Standort Groß-Umstadt vorwiegend der allgemeinen Grundversorgung der Bevölkerung dient, sind in Seeheim-Jugenheim mit dem OrthoCentrum Jugenheim OCI – Spezialklinik für Mobilität und dem Zentrum für Akute und Postakute Intensivmedizin (ZAPI) spezialisierte Angebote der Orthopädie und der Traumatologie sowie der Intensivmedizin entstanden. Mit der Gründung von hausärztlichen und fachärztlichen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) hat der Landkreis auch Verantwortung für die ärztliche Versorgung in den Kommunen übernommen, um eine ambulante medizinische Grundversorgung zu sichern.

Unsere Ziele:

- der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die die individuellen Lebenssituationen der einzelnen Mitarbeiter*innen berücksichtigen
- Die Vernetzung von Kliniken, Ärzten, Heil- und Pflegeberufen durch Ärztehäuser, Medizinische Versorgungszentren und Plattformen zum Informationsaustausch unterstützen wir
- Den flächendeckenden Einsatz der Gemeindepflege mit Lostsenfunktion zum Erhalt der Lebensqualität im häuslichen Umfeld und als Bindeglied zu Beratungs- und Versorgungsangeboten
- Ausbau von Modellprojekten, wie E-Health: digitale Sprechstunden mit multiprofessionellen Teams
- Den Strukturwandel durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und die Auswirkungen auf die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg begleiten wir
- Die Hebammenversorgung in der ambulanten Betreuung von Gebärenden als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung sicherzustellen

Qualitätssicherung und Personalgewinnung durch Personalmanagement

Garantie für den langfristigen erfolgreichen Bestand der Kliniken in der öffentlichen Hand sind gut ausgebildete Ärzt*innen und gut ausgebildetes Pflege- und medizinisches Personal. Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sind neben leistungsgerechter Bezahlung und einem guten Betriebsklima dafür die grundlegenden Voraussetzungen.

Deshalb wollen wir Formen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die die individuellen Lebenssituationen der einzelnen Mitarbeiter*innen berücksichtigen. Nicht erst die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es notwendig ist, Gesundheitsberufe wieder attraktiver zu gestalten und angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten.

Das Bildungszentrum für Gesundheit der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg GmbH wollen wir stärken und unterstützen, um genügend junge Menschen für die Pflegeberufe auszubilden. Bei der Gewinnung von Auszubildenden wollen wir innovative Wege gehen und Kampagnen entwickeln, um für die Pflegeberufe kultursensibel zu werben.

Vernetzung und Kooperationen

Die Reformen im Gesundheitswesen und medizinischer Fortschritt bei zunehmender Spezialisierung machen eine stärkere Vernetzung der Disziplinen sowie der stationären und ambulanten Einrichtungen erforderlich. Die Zusammenarbeit von Kliniken, Ärzten, Heil- und Pflegeberufen ist für DIE GRÜNEN daher unverzichtbar. Die Vernetzung dieser Berufsgruppen durch Ärztehäuser, Medizinische Versorgungszentren und Plattformen zum Informationsaustausch unterstützen wir deshalb. Vorrangig sehen wir allerdings die Verantwortung bei den Angehörigen der Berufe im Gesundheitswesen bzw. deren Standesorganisationen. Der Betrieb von Einrichtungen durch den Landkreis erscheint uns nur die letzte Möglichkeit, wenn nachweislich ein Versagen des Gesundheitsmarktes vorliegt. Als Voraussetzung für die Gründung von MVZs (Medizinischen Versorgungszentren) wurden im Kreistag in der Periode bis 2021 einheitliche Kriterien festgelegt, die wir aktualisieren und wieder einführen möchten. Neben der finanziellen Unterstützung durch die Kommunen hat für uns dabei eine Standort- und Versorgungsplanung hohe Priorität.

Hinsichtlich des Erhalts der hausärztlichen Versorgung ist unseres Erachtens die Bundespolitik gefordert im Modell „Nichtärztliche Praxisassistent*in“ (NÄPA) in der ambulanten Telemedizin und z.B. in mobilen Behandlungsorten sehen wir zukunftsweisen-de Ansätze.

Digitalisierung und Telemedizinische Versorgung

Zur Stärkung der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und zur Erweiterung des medizinischen Leistungsportfolios stehen wir Grünen für eine Stärkung der Telemedizin. Durch die Telemedizinische Versorgung können Engpässe in unserem Landkreis besser kompensiert werden.

Eine schnellere ärztliche Erstversorgung für die Bewohner*innen des Landkreises an den Standorten Seeheim-Jugenheim und Groß-Umstadt mit per Telemedizin zugeschalteten Disziplinen stärkt die Standorte der Kreiskliniken und erweitert die Reichweite für die Patienten.

Die digitale Dokumentation an den Kreiskliniken wollen wir optimieren, um das pflegerische und medizinische Personal zu entlasten. Damit werden für das Personal der Kreiskliniken Kapazitäten geschaffen, die für die Versorgung der Patienten benötigt wird.

Den Ausbau von koordinierten, digitalen Modellprojekten von E-Health – d.h. digitalen Sprechstunden mit multiprofessionellen Teams – wollen wir voranbringen. Durch aktuell vorgesehene gesetzliche Änderungen scheint der Weg hierzu geebnet.

Die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz schreitet voran und wird eine wichtige Rolle in der medizinischen Versorgung spielen. Als Grüne möchten wir dem Fortschritt nicht entgegenstehen und streben einen gewissenhaften Umgang mit Künstlicher Intelligenz in der Patientenbehandlung an.

Strukturwandel der Krankenhauslandschaft

Die Krankenhäuser in Deutschland stehen unter finanziellem Druck. Durch die Vergütung von medizinischen Leistungen anhand der DRG-Fallpauschalen sorgte der Gesetzgeber für massive Einsparungen bei den Krankenhäusern. Insbesondere viele kleine Krankenhäuser hielten dem Druck nicht stand und mussten in die Insolvenz gehen und ihren Betrieb aufgeben. Auch die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg haben unter dem Druck, der aus diesen Vorgaben entstand, gelitten. Die Finanzlage der Kreiskliniken ist instabil, wodurch der Landkreis gezwungen sein wird eine Lösung zum Erhalt der Kreiskliniken zu finden.

Da das allgemeine „Kliniksterben“ die letzten Jahre zunahm, wurde von der letzten Bundesregierung eine Reform begonnen. Entstanden ist daraus das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHWVG). Durch das KHWVG kommen wichtige Veränderungen auf die Krankenhäuser zu. Bald werden Krankenhäuser nicht mehr nur nach DRG-Fallpauschalen für ihre Leistungen bezahlt, sondern es werden zusätzlich sogenannte Vorhaltepauschalen eingeführt. Diese Vorhaltepauschalen orientieren sich an den medizinischen Leistungen, die ein Krankenhaus anbieten kann. Dafür werden die

Krankenhäuser zukünftig in verschiedene Leistungsgruppen eingeteilt. Größere Krankenhäuser können nach dieser Vorgehensweise mit höheren Vorhaltepauschalen rechnen als kleiner Krankenhäuser, da sie mehr medizinische Leistungen anbieten.

Damit die Krankenhäuser diese Umstrukturierung leisten können, wurde ein Transformationsfond vom Bundesgesundheitsministerium eingerichtet. Damit stehen für die Krankenhäuser Fördermittel bereit, um ihre Häuser auf die Transformation vorzubreiten. Die Fördermittel können zur Erreichung von Qualitätskriterien der von einem Krankenhaus angestrebten Leistungsgruppen und zur Einhaltung von Mindestvorhaltezahlen verwendet werden.

Wir als Grüne setzen uns für eine qualitativ hochwertige Versorgung ein und wollen das bereits bestehende gute Qualitätsniveau der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg weiter verbessern. Der Transformationsfond muss umfassend genutzt werden, um möglichst viele Qualitätskriterien der medizinischen Leistungsgruppen zu erreichen und eine umfassende Vergütung aus den Vorhaltepauschalen zu erhalten. Die Standorte der Kreiskliniken werden wir erhalten und die Strukturreform nutzen, um die medizinischen Angebote für die Menschen des Landkreises zu verbessern und auszubauen.

DIGITALISIERUNG FÜR UND MIT DEN MENSCHEN GESTALTEN

Die Digitalisierung hat inzwischen fast jeden Winkel unseres Lebens erreicht. Wir wollen als GRÜNE diesen Prozess zusammen mit den Kommunen, den Einwohner*innen und der Wirtschaft weitergehen und eine Teilhabe aller ohne Ausgrenzung ermöglichen.

Unsere Ziele:

- Alle Verwaltungsleistungen digital anbieten
- Cybersicherheit und Datensicherheit gewährleisten
- Digitale Souveränität bei Softwarebeschaffungen sicherstellen
- Glasfaserausbau bis ans Haus (mindestens FTTB-Standard)
- Die digitale Infrastruktur an den Schulen zeitgemäß sicherstellen
- Digitalisierung zur Einsparung von CO₂ und anderen Emissionen nutzen

Bis zum Ende der Wahlperiode wollen wir alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anbieten. Bei einigen Verfahren erfolgt dies bereits. Wir wollen dabei mit

anderen Landkreisen und den Kommunen im Landkreis – aber auch landesweit – im Austausch stehen, um gegenseitig aus Best-Practice-Beispielen in der Umsetzung der Digitalisierung zu lernen.

Die Digitalisierung muss barrierefrei allen Menschen zur Verfügung stehen. Parallel wollen wir jedoch sicherstellen, dass es weiterhin analoge Wege als Zugang zu den Leistungen der Verwaltung und zur Teilhabe gibt. Niemand soll vor und mit der Digitalisierung ausgeschlossen werden.

Die Sicherheit der einzelnen Daten von Bürger*innen gilt es mit allen verfügbaren Maßnahmen der IT-Sicherheit zu schützen. Gleichzeitig wollen wir es den Bürger*innen mit einer Informationsfreiheitssatzung ermöglichen, die erhobenen Daten abfragen zu können.

Der Schutz vor Cyberangriffen der gesamten sensiblen Infrastruktur des Landkreises hat angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage eine hohe Dringlichkeit. Dabei wollen wir alle technischen Möglichkeiten nutzen und der Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden eine hohe Bedeutung geben.

Die Datenmengen werden immer größer und an den Datenfluss werden immer höhere Anforderungen gestellt. Das gilt für den privaten, den öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich. Mit dem Zweckverband „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“ konnte erfolgreich eine Grundversorgung des Landkreises erreicht werden. Doch dies war nur ein Zwischenschritt. Begleitend zum Ziel der hessischen Landesregierung, bis zum Jahr 2030 einen flächendeckenden „Fiber-to-the-Home“ (FTTH/Glasfaser) Ausbau zu schaffen, wollen wir im Kreis unsere Möglichkeiten für einen Ausbau weiter nutzen.

Die Digitalisierung hat mit ihren Vorteilen und ihren Problemen bereits Einzug in die Kinderzimmer gehalten. In den Schulen wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Schüler*innen Medienkompetenz erlangen und die Medien einschließlich der künstlichen Intelligenz (KI) sinnvoll als Lernmittel eingesetzt werden können. Als Schulträger wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass den Schulen Personal als Support zur Verfügung steht, die sich als digitale Hausmeister z.B. um Wartung und Updates an den Schulen kümmert.

Digitalisierung und gerade die Anwendung von Künstlicher Intelligenz sorgt für einen größeren Energieverbrauch. Gleichzeitig kann Digitalisierung auch dafür sorgen, dass Umwelt- und Klimaschutz profitieren. Mit smarten Technologien – etwa Sensorik für Luftqualität oder Energieverbräuche – sowie digitale Werkzeuge wollen wir erreichen, Entscheidungen in der Planung effizienter und umweltschonender zu treffen und Digitalisierung zu einem Treiber des Klimaschutzes machen.

Digitale Formate z.B. bei Vorträgen Fortbildungen, Konferenzen, Besprechungen, Sitzungen ersparen lange Anfahrtswege, Zeit und Emissionen. Räume können eingespart werden. Dies gilt auch für das Arbeiten im Homeoffice. Wir wollen diese Chancen für die

Zukunft nutzen, um mit Hilfe der Digitalisierung Kosten und Flächen einzusparen, den CO₂-Ausstoß im Landkreis einzudämmen und zur Erreichung der Klimaziele beizutragen. Die Strukturen wollen wir entsprechend anpassen.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Unser Verständnis von Wirtschaft und Wohlstand

Wirtschaft muss dem Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft dienen – nicht umgekehrt. Wohlstand definiert sich für uns GRÜNE nicht allein durch materiellen Besitz, sondern durch tatsächliche Lebensqualität. Lebensqualität bedeutet Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben.

Vor diesem Hintergrund gestalten wir die Finanzpolitik des Landkreises Darmstadt-Dieburg ökologisch tragfähig, sozial gerecht und wirtschaftlich zukunfts-fähig. Leitend ist für uns das Subsidiaritätsprinzip: Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie wirksam und verantwortungsvoll umgesetzt werden können.

Kommunale Finanzlage: Verantwortung klar benennen

Die kommunale Finanzkrise wirkt sich unmittelbar auf den Kreishaushalt aus. Das Regierungspräsidium stellt fest, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises Darmstadt-Dieburg derzeit nicht mehr gegeben ist. Das erfordert ein grundlegendes Umdenken in der kommunalen Finanzwirtschaft.

Zugleich ist klar: Bund und Land Hessen müssen die Landkreise zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben auskömmlich finanzieren. Finanzströme müssen konsequent auf die kommunale Ebene gelenkt werden. Denn hier werden staatliche Leistungen erbracht und soziale Sicherheit gewährleistet. Auf kommunaler Ebene entscheidet sich, ob Staat und Demokratie als handlungsfähig, verlässlich und gerecht erlebt werden – dafür setzen wir GRÜNE uns ein.

Wirtschaftspolitik aktiv gestalten

Eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft ist kein Ideal, sondern eine notwendige Antwort auf ökologische Krisen und soziale Ungleichheit. Kommunen spielen dabei eine Schlüsselrolle in der sozial-ökologischen Transformation.

Städte, Gemeinden und Landkreise spielen eine Schlüsselrolle in der sozial-ökologischen Transformation. Wir GRÜNE wollen, dass der Landkreis mit gutem Beispiel voran-

geht: durch nachhaltige Beschaffung, die konsequente Anwendung ökologischer und sozialer Kriterien im Vergaberecht und durch kluge Investitionen in eine widerstandsfähige Infrastruktur. So stärken wir regionale Wertschöpfung, faire Arbeitsbedingungen und klimafreundliches Wirtschaften.

Wir setzen uns für nachhaltige Gewerbegebiete ein, in denen Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, moderne Mobilität und Stadtgrün zusammen gedacht werden. Mehr Grünflächen verbessern nicht nur das Mikroklima, sondern erhöhen auch die Attraktivität des Standorts im Wettbewerb um Fachkräfte.

Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort braucht Innovation. Wir fördern die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung – unter anderem durch regionale Innovations-Hubs und die Unterstützung lebendiger Gründungs- und Innovationsstrukturen für StartUps. So entstehen Lösungen für die Herausforderungen von morgen aus der Region, für die Region.

Mit dem Netzwerk Wirtschaftsförderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg bündeln Kreis und Kommunen ihre Kräfte, um Unternehmen, Investor*innen und Existenzgründer*innen schnell und unkompliziert zu unterstützen. Ökologische und soziale Maßstäbe, Ausbildungsplätze sowie Qualifizierungsangebote – insbesondere für gering Qualifizierte und Migrant*innen – sind dabei handlungsleitend.

Als öffentlicher Auftraggeber übernimmt der Landkreis Verantwortung: Vergaben orientieren sich nicht allein am Preis, sondern auch an Tarifbindung, ökologischer Produktion, Ausbildung, Familienfreundlichkeit, Gleichstellung und Inklusion. Regionale Aufträge sichern Arbeitsplätze und stärken die heimische Wirtschaft – gerade im Schulbau und bei Sanierungen.

Nachhaltige Finanzpolitik und transparente Steuerung

Grüne Finanzpolitik steht für langfristige Stabilität und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Der Landkreis verfügt nur über begrenzte eigene Einnahmen: zentrale Quellen sind der kommunale Finanzausgleich sowie Kreis- und Schulumlage, die eng mit der Finanzlage der Städte und Gemeinden verknüpft sind.

Der überwiegende Teil der Ausgaben entfällt auf gesetzliche Pflichtleistungen, insbesondere im sozialen Bereich. Weniger als zehn Prozent des Haushaltsvolumens betreffen freiwillige Leistungen – darunter Präventionsangebote sowie Zuschüsse für soziale, kulturelle, sportliche und schulische Einrichtungen.

Haushaltskonsolidierung darf nicht bedeuten, pauschal zu kürzen. Nachhaltigkeit heißt für uns, Prioritäten zu setzen und mit Weitsicht zu steuern. In der vergangenen Wahlperiode haben wir die Konsolidierung der Kreisfinanzen aktiv begleitet – in allen relevanten Gremien.

Gleichzeitig braucht es eine bessere Steuerungsgrundlage. Der Haushalt enthält bislang zu wenige klare Ziele und Kennzahlen. Ohne überprüfbare Zielvorgaben ist nachhaltige Finanzpolitik nicht möglich. In der kommenden Wahlperiode wollen wir Ziele konsequent nach dem SMART-Prinzip formulieren und damit politische Steuerung stärken.

Eine moderne Landkreisverwaltung muss sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben und Kernkompetenzen konzentrieren: strategische Steuerung, Qualitätssicherung und Koordination. Wo sinnvoll, können operative Aufgaben wirtschaftlich und flexibel von freien Trägern, gemeinnützigen Organisationen oder privaten Dienstleistern übernommen werden – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Investitionen in die Zukunft unterscheiden wir klar von der Finanzierung laufender Defizite. Kredite für Neubau oder Sanierung von Schulen sind etwas anderes als Liquiditätskredite zur Deckung von Ergebnishaushalten. Einnahmen und Ausgaben des Landkreises müssen regelmäßig überprüft werden – bei gleichzeitiger Erwartung an Bund und Land, den Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben angemessen auszustatten.

Transparenz ist für uns ein zentraler Bestandteil demokratischer Haushaltsführung. Wir setzen uns für einen verständlichen, digitalen Haushalt ein, der Einnahmen, Ausgaben und Rücklagen übersichtlich darstellt. Ein interaktives Dashboard mit klaren Grafiken sowie ein frei zugängliches Haushaltslexikon in leichter Sprache sollen Bürger*innen ermöglichen, finanzpolitische Entscheidungen nachzuvollziehen. Das bewährte Modell des „Offenen Haushalts“ aus Marburg-Biedenkopf wollen wir als Blaupause übernehmen und auf die Bedürfnisse unseres Landkreises anpassen.

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT/ REGIONALEMENTWICKLUNG

Das Zusammenleben und das Erreichen von vielen Zielen, können nur gelingen, wenn wir in größeren Zusammenhängen denken, planen und handeln. Regionalpolitik wie wir GRÜNEN sie verstehen, muss deshalb mehr sein als die Berücksichtigung der Summe von lokalen Einzelinteressen. Sie muss vielmehr die großen Herausforderungen der Zukunft – die Erreichung der Klimaziele, die Anpassung an den Klimawandel, den Erhalt der Artenvielfalt, die Eindämmung des Flächenverbrauches u.a. – anpacken.

Politiker*innen von den Städten und Landkreisen werden in die Regionalversammlung entsandt und bestimmen somit die Politik für die ganze Region.

Die Regulierung von Siedlungsflächen bei Sicherung von Freiräumen und Schutz unserer natürlichen

Lebensgrundlagen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regionalpolitik. Ergänzt wird dies durch die Aufgaben, die Mobilität der Menschen ebenso wie die Versorgung mit Energie, Gütern und Nahrungsmitteln umweltverträglich zu gewährleisten.

Unsere Ziele:

- Die Klimapolitischen Zielsetzungen im Entwurf des neuen Regionalplans für die Zukunft sichern
- Vorrangige Entwicklung von Flächen im Innenbereich und Begrenzung des Flächenverbrauchs im Außenbereich
- Ausweisung neuer Siedlungsflächen und Gewerbegebiete, vornehmlich im Einzugsbereich des ÖPNV und bestehender vorzugsweise schienengebundener Verkehrsinfrastruktur
- Schutz des regionalen Grünzuges und der Flächen für Klimafunktionen, Biotopvernetzung
- Schutz der natürlichen Ressourcen wie (landwirtschaftliche) Böden und Grundwasser, sowie Minimierung der Rohstoffausbeutung
- Stärkung einer menschen- und umweltgerechten Mobilität durch Ausbau und Integration unterschiedlicher Verkehrsmittel (Umweltverbund) sowie Radverkehrswege
- Sicherung von Flächen für die dezentrale Erzeugung und Speicherung regenerativer Energie
- Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit

Klimaziele und Anpassung an den Klimawandel im Regionalplan konsequent verfolgen

Um die EU-Klimaziele zu erreichen, müssen alle Steuerungsmöglichkeiten genutzt werden. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass im

Regionalplan für die Kommunen klare Rahmenbedingungen festgelegt werden, die dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die CO₂-Bindung zu verbessern. Der Ressourcenverbrauch soll eingedämmt sowie Anpassungen an den Klimawandel vorgenommen werden, damit sich die Region nachhaltig entwickeln kann. Dazu gehört beispielsweise, dass regionale Grünzüge und Flächen mit besonderen Klimafunktionen erhalten bleiben müssen. Ziel müssen eine hinreichende Durchlüftung der Siedlungsbereiche und ausreichend Kaltluftentstehungsflächen sein. Weiterhin wollen wir den immer größeren Kies- und Sandabbau und damit einhergehenden Verlust von Wald und landwirtschaftlichen Flächen verhindern. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes sind einzuhalten, wie beispielsweise die Einhaltung der Dichtevorgabe zur Minimierung des Flächenverbrauches sowie die Abstandsregelung zu Hochspannungs-freileitungen.

Das von den GRÜNEN im Land initiierte Projekt „Großer Frankfurter Bogen“ hat zum Ziel, die Siedlungsentwicklung für Wohnen so zu steuern, dass sie wenig Individualverkehr erzeugt. Wohnungsbau soll vor allem dort erfolgen, wo eine Anbindung an den Schienenverkehr besteht.

Energieeffizienz bei Flächen für Rechenzentren beachten

Durch die Zunahme der Digitalisierung steigt der Bedarf an Rechenzentren. Dies geht mit einem enormen Flächen- und Energiebedarf einher. Der Betrieb der Rechner verbraucht viel Strom und erzeugt Wärme, die wieder unter hohem Energieeinsatz gekühlt werden muss. Der Entwurf des neuen Regionalplanes enthält Vorgaben zur Energieeffizienz und Abwärmenutzung von Rechenzentren, die die Kommunen bei der Bauleitplanung berücksichtigen sollen. Diese Vorgaben unterstützen wir.

Flächen für Logistikzentren sichern und begrenzen

Im Regionalplanentwurf wurden eine Konzeption für Logistikflächen sowie Vorranggebiete Industrie und Gewerbe mit besonderer Zweckbestimmung Regionale Logistikzentren entwickelt. Sie sollen den mit Logistikzentren verbundenen Flächenverbrauch eindämmen, ihren verkehrlichen Anforderungen und der regionalen Bedeutung für die Versorgung gerecht werden sowie Wildwuchs eindämmen. Dazu stehen wir.

Ausweisung von Flächen für regenerative Energien

Mit regenerativ erzeugter Energie können wir den CO₂-Ausstoß reduzieren, um den Klimawandel einzudämmen. Damit können wir unsere Energieversorgung möglichst unabhängig von autokratischen und/oder kriegerischen Staaten machen. Wichtige Technologie sind hierbei Windkraft und Photovoltaik. Dazu wollen wir ausreichend und schnell geeignete Flächen für Windparks und Freiflächen-Photovoltaik ausweisen. Der Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) und Gesetze die von der Ampelregierung in Berlin verabschiedet wurden, erleichtern uns dies.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Zusammenlegung von Standesämtern, Ordnungsbehörden oder Vergabestellen für öffentliche Aufträge – wird von einigen kreisangehörigen Kommunen bereits praktiziert. Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit, die wir für verschiedene Bereiche ausbauen wollen. Die Verfolgung gemeinsamer Ziele,

voneinander lernen und der Verzicht auf kirchturmbezogenes Konkurrenzdenken zu- gunsten des Weitblicks über bestehende Grenzen hinaus ist uns dabei wichtig. Die Aus- weisung gemeinsamer Gewerbegebiete aber auch die Zusammenarbeit der Kommunen zur Stärkung ihrer zentralörtlichen Bedeutung sehen wir hierbei als wichtigen Schritt. Auch in der Klimaanpassung, im Artenschutz und in vielen anderen Bereichen sehen wir viele Möglichkeiten.

Radwegeverbindung verbessern

Um die Verkehrswende zu erreichen, müssen umweltfreundliche Verkehrsarten wie das Radfahren gestärkt werden. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Radwegenetzes sowie einen Bau einer Radschnellverbindung auch im Süden von Darmstadt in die Re- gion Mannheim/Heidelberg in enger Abstimmung mit den Kommunen ein. Die Trassen- führung muss so erfolgen, dass sie für zügiges Radfahren geeignet ist.

Sicherheit

Feuerwehr

Unsere Feuerwehren im ganzen Landkreis mit ihren ehrenamtlichen Einsatzkräften sor- gen Tag und Nacht für unsere Sicherheit. Sie opfern ihre Freizeit für den Schutz von Menschen und unserer Infrastruktur, deshalb wollen wir sie beratend und koordinierend unterstützen bei Aus- und Fortbildung, Ausrüstung, Feuerwehrhäusern und Fahrzeugen. Große Übungen und Blaulichttage, die über die Grenzen der Gemeinden und unseren Landkreis hinausgehen sollen regelmäßig abgehalten werden.

Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz bekommt aufgrund des Klimawandels eine noch größere Be- deutung. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die zugehörigen Einheiten materiell und personell gut ausgestattet sind. Eine gute Koordination des Katastrophenschutz- stabs und regelmäßige Übungen sind uns dabei wichtig. Den Bau des Gefahrenab- wehrzentrums wollen wir unterstützen und möchten, dass es priorisiert, geplant und gebaut wird.

Zivilschutz

Aufgrund der weltpolitischen Lage wird der Zivilschutz wichtiger. Neben den rechtlich vorgeschriebenen Aufgaben wollen wir die Bevölkerung in Kampagnen umfassend informieren und beraten, wie sie selbst für mögliche Bedrohungslagen vorsorgen können.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DARMSTADT-DIEBURG
CARLO-MIERENDORFF-STR. 1, 64823 GROSS-UMSTADT
TELEFON: 0151 72532447
E-MAIL: KV@GRUENE-DADI.DE**



**GEMEINSAM
GEHT'S.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DARMSTADT-DIEBURG